

# AMTSBLATT

## FÜR DIE STADT FRANKFURT (ODER)

Jahrgang 20, Nr. 3, Frankfurt (Oder), 4. März 2009

### INHALTSVERZEICHNIS:

#### Amtlicher Teil

1. Hauptsatzung der Stadt Frankfurt (Oder) **S. 20**
2. Bekanntmachung für Staatsangehörige der übrigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (Unionsbürger) zur Wahl zum Europäischen Parlament in der Bundesrepublik Deutschland am 07. Juni 2009 **S. 24**
3. Neubekanntmachung des Vorhaben- und Erschließungsplanes VEP-02-003 „Druckhaus der Märkischen Verlags- und Druckhaus GmbH **S. 25**
4. Neubekanntmachung des Bebauungsplanes BP-09-003 „Gartenstadt Buckower Straße/Nuhnenstraße“ **S. 27**
5. Bekanntmachung – Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung zur 9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Frankfurt (Oder) **S. 29**
6. Bekanntmachung – Bebauungsplan BP-18-002 „Industriegebiet an der A 12“, Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit am Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes gem. § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch **S. 31**
7. Bekanntmachung – Umsetzung des Stadtumbaukonzeptes (STUK III) – Aufwertungsmaßnahmen 2010 **S. 31**
8. Öffentliche Bekanntmachung der Gewässer- und Deichschau 2009 in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) **S. 31**
9. Vorgesehene Planungsleistungen (auf der Grundlage der HOAI) der Stadt Frankfurt (Oder) für Maßnahmen im Haushaltsjahr 2009 **S. 32**
10. Öffentliche Bekanntmachungen über Gewerbeabmeldungen von Amts wegen gemäß § 14 Abs. 1 Satz 2 Ziffer 3 Gewerbeordnung **S. 33**
- 11.1. Öffentliche Sitzung der Regionalversammlung in der 5. Amtszeit der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree (RPG OLS) **S. 33**
12. Bekanntmachung über die Offenlegung der Ergebnisse der Bodenschätzung (Nachschätzung gemäß § 11 des Bodenschätzungsgesetzes) **S. 34**
13. Bekanntmachung des Gutachterausschusses für Grundstückswerte **S. 34**
14. Öffentliche Bekanntmachung des Antrages der Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung für Trinkwasser- und Abwasserleitungen einzelner Flurstücke in der Stadt Frankfurt (Oder) in der Flur 138 und 88 **S. 35**
15. Öffentliche Bekanntmachung des Antrages der Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung für Trinkwasserleitungen DN 600 GG einzelner Flurstücke in der Stadt Frankfurt (Oder) in der Flur 152 **S. 35**
16. Öffentliche Bekanntmachung des Antrages der Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung für Trinkwasser- und Abwasserleitungen in der Stadt Frankfurt (Oder), Flur 133 ohne ehemaliges HFO/Lindower Weg **S. 36**
17. Öffentliche Bekanntmachung des Antrages der Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung für Trinkwasser- und Abwasserleitungen sowie Steuerkabel in der Stadt Frankfurt (Oder) in der Flur 133 am Standort des ehemaligen HFO und Lindower Weg **S. 37**
18. Öffentliche Bekanntmachung des Antrages der Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung für Trinkwasser- und Abwasserleitungen sowie E-/Steuerkabel in der Stadt Frankfurt (Oder) in der Flur 99, 100, 102 **S. 37**
19. Bekanntmachung über eine Fortführung des Liegenschaftskatasters in den Fluren 12, 15, 16, 18, 21, 24, 29, 116, 117, 118, 139, 140, 141, 144, 150 **S. 38**
20. Bekanntmachung über eine Fortführung des Liegenschaftskatasters in den Fluren 20, 35, 62, 63, 69, 72, 78, 104, 105, 110, 112, 114, 133, 152 **S. 39**
21. Bekanntmachung über eine Fortführung des Liegenschaftskatasters in den Fluren 69, 102, 103, 105, 106, 107, 109, 119, 120, 136 **S. 40**
22. Bekanntmachung über eine Fortführung des Liegenschaftskatasters in den Fluren 96, 102, 106, 108, 110, 116, 120, 127, 130, 131, 133, 137, 154 **S. 41**

#### Ende des Amtlichen Teils

### IMPRESSUM

Amtsblatt für die Stadt Frankfurt (Oder)  
Herausgeber: Stadt Frankfurt (Oder)  
Der Oberbürgermeister  
15230 Frankfurt (Oder), Marktplatz 1  
Redaktion: Amt für Stadtverordnetenangelegenheiten  
Karola Kargert,  
Tel.: (03 35) 5 52 16 01, Fax.: (03 35) 5 52 16 99

Das Amtsblatt erscheint mindestens alle 2 Monate.

Es ist in den Objekten der Stadtverwaltung

Stadthaus, Goepelstr. 38  
Amt für öffentliche Ordnung, Bischofstr. 6  
Rathaus, Marktplatz 1

sowie

- im Servicepunkt der Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH, Heinrich-Hildebrand-Str. 20 b
- im Kundenzentrum der Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH, Karl-Marx-Str. 195 (Lennépassage)
- in der Kfz-Zulassungsbehörde, Komarow-Eck 22/23
- im Internet unter [www.frankfurt-oder.de](http://www.frankfurt-oder.de)

kostenlos erhältlich und über Abonnement beim Vertrieber zu beziehen.

Porto und Versandkosten für Abonnenten 3,50 Euro pro Ausgabe

Gesamtherstellung und Vertrieb:  
Druckerei Nauendorf GmbH  
Gewerbegebiet „Oderberger Straße“  
Nordring 16, 16278 Angermünde

## AMTLICHER TEIL

## HAUPTSATZUNG

## der Stadt Frankfurt (Oder)

Aufgrund der §§ 4 und 28 Abs. 2 Nr. 2 des Artikel 1 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) des Gesetzes zur Reform der Kommunalverfassung und zur Einführung der Direktwahl der Landräte sowie zur Änderung sonstiger kommunalrechtlicher Vorschriften (Kommunalrechtsreformgesetz-KommRRRefG) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I S. 286) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt (Oder) am 12.02.2009 folgende Hauptsatzung beschlossen:

## § 1

## Name der Stadt

- (1) Die Gemeinde führt den Namen „Stadt Frankfurt (Oder)“.
- (2) Sie hat die Rechtsstellung einer kreisfreien Stadt.
- (3) Die Stadt trägt zusätzlich zu ihrem Namen die Zusatzbezeichnung „Kleiststadt“.

## § 2

## Wappen, Flagge und Dienstsiegel

- (1) Die Stadt Frankfurt (Oder) führt ein Wappen. Die Beschreibung des Wappens lautet:  
In Silber auf grünem Berg aufgerichtet stehend ein goldbekehrter roter Hahn im Kleeblattbogen eines von zwei sechseckigen Türmen besetzten offenen, roten Torbaus; darüber schwebt ein silberner Schild mit rotem Adler; auf den goldbeknaften Dächern der Seitentürme steht je ein abgewendeter, widersehender goldener Vogel; der breitgedachte Mittelbau ist an den Ecken mit je einem goldenen Kreuz versehen.
- (2) Die Stadt Frankfurt (Oder) führt eine Flagge. Die Flagge zeigt drei Streifen in den Farben Rot-Grün-Weiß mit dem den Mittelstreifen überdeckenden Stadtwappen.
- (3) Das Dienstsiegel der Stadt hat als Umschrift oben: STADT FRANKFURT (ODER). Das Wappen befindet sich in der Mitte des inneren Kreises des Dienstsiegels.

## § 3

## Förmliche Einwohnerbeteiligung

- (1) Neben Einwohneranträgen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden beteiligt die Stadt ihre Einwohner in wichtigen Angelegenheiten förmlich mit folgenden Mitteln:

\* Einwohnerfragestunde der Stadtverordnetenversammlung  
\* Einwohnerversammlung

- (2) In öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sind alle Personen, die in der Stadt Frankfurt (Oder) ihren ständigen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben (Einwohner i.S.d. § 11 Abs. 1 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg), berechtigt, kurze mündliche Fragen zu Beratungsgegenständen dieser Sitzung oder anderen Stadtangelegenheiten an die Stadtverordnetenversammlung oder den Oberbürgermeister zu stellen sowie Vorschläge oder Anregungen zu unterbreiten (Einwohnerfragestunde). Die Einwohnerfragestunde soll 60 Minuten nicht überschreiten. Jeder Einwohner kann sich im Regelfall zu bis zu drei unterschiedlichen Themen zu Wort melden. Die Wortmeldungen sollen drei Minuten nicht überschreiten. Kann eine Frage nicht in der Sitzung mündlich beantwortet werden, ist eine schriftliche Antwort zugelassen.

- (3) Wichtige Stadtangelegenheiten sollen mit den Einwohnern erörtert werden. Zu diesem Zweck können Einwohnerversammlungen für das Gebiet und Teile des Gebietes der Stadt Frankfurt (Oder) durchgeführt werden.
- (4) Der Oberbürgermeister beruft unter Angabe der Tagesordnung und ggf. des Gebietes, auf das die Einwohnerversammlung begrenzt wird, die Einwohnerversammlung ein. Die Einberufung erfolgt durch öffentliche Bekanntmachung von Ort, Zeit und Tagesordnung der Einwohnerversammlung entsprechend den Vorschriften für die Bekanntmachung der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung. Der Oberbürgermeister oder eine von diesem beauftragte Person leitet die Einwohnerversammlung. Alle Personen, die in der Stadt Frankfurt (Oder) bzw. in dem begrenzten Gebiet ihren ständigen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt ( § 11 Abs. 1 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg) haben, haben in der Einwohnerversammlung Rede- und Stimmrecht. Über die Einwohnerversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen. Die Niederschrift ist vom Sitzungsleiter zu unterzeichnen und dem Oberbürgermeister und der Stadtverordnetenversammlung zuzuleiten.
- (5) Die Einwohnerschaft kann beantragen, dass eine Einwohnerversammlung durchgeführt wird. Der Antrag muss schriftlich eingereicht werden und die zu erörternde Stadtangelegenheit bezeichnen. Der Antrag darf nur Angelegenheiten angeben, die innerhalb der letzten zwölf Monate nicht bereits Gegenstand einer Einwohnerversammlung waren. Antragsberechtigt sind alle Einwohner. Der Antrag muss von mindestens fünf vom Hundert der Einwohner der Gemeinde unterschrieben sein.
- (6) Die Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (frühzeitige Bürgerbeteiligung) wird, sofern ein Aufstellungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung nichts anderes bestimmt, jeweils in Form einer Informationsveranstaltung durchgeführt, in der die Verwaltung über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, sich wesentlich unterscheidende Lösungen und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung öffentlich zu unterrichten hat. Zeit und Ort der Informationsveranstaltung sind mindestens eine Woche vorher durch Veröffentlichung im Amtsblatt für die Stadt Frankfurt (Oder) oder in der Tageszeitung „Märkische Oderzeitung“ bekannt zu machen mit dem Hinweis darauf, dass während der Informationsveranstaltung sowie innerhalb einer Frist von 2 Wochen danach die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung der Planung für die Öffentlichkeit besteht“.
- (7) Unmittelbar geltende Vorschriften des Landes- oder Bundesrechts, die die förmliche Einwohnerbeteiligung regeln, bleiben unberührt.

## § 4

## Der/die Gleichstellungsbeauftragte

- (1) Dem/der Gleichstellungsbeauftragten ist Gelegenheit zu geben, zu beabsichtigten Maßnahmen und Beschlüssen, die Auswirkungen auf die Gleichstellung von Mann und Frau haben, Stellung zu nehmen. Weicht seine/ihre Auffassung von der des Oberbürgermeisters ab, hat er/sie das Recht, sich an die Stadtverordnetenversammlung oder ihre Ausschüsse zu wenden.
- (2) Der/die Gleichstellungsbeauftragte nimmt das Recht wahr, indem er/sie sich an den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung oder des Ausschusses wendet und den abweichenden Standpunkt schriftlich darlegt. Der Vorsitzende unterrichtet die Stadtverordnetenversammlung oder den Ausschuss hierüber in geeigneter Weise und kann dem/der Gleichstellungsbeauftragten Gelegenheit geben, den abweichenden Standpunkt in einer der nächsten Sitzungen persönlich vorzutragen.

- (3) Der/die Gleichstellungsbeauftragte ist auf Vorschlag des Oberbürgermeisters durch die Stadtverordnetenversammlung zu bestellen.

**§ 5**

**Beauftragte**

- (1) Zur Förderung der Integration in der Stadt wohnender ausländischer Mitbürger bestellt die Stadtverordnetenversammlung auf Vorschlag des Oberbürgermeisters einen hauptamtlichen Beauftragten oder eine hauptamtliche Beauftragte (Integrationsbeauftragter oder Integrationsbeauftragte).
- (2) Zur Förderung der Integration in der Stadt wohnender behinderter Mitbürger bestellt die Stadtverordnetenversammlung auf Vorschlag des Oberbürgermeisters einen hauptamtlichen Beauftragten oder eine hauptamtliche Beauftragte (Behinderterbeauftragter oder Behindertenbeauftragte).
- (3) Für den Aufgabenbereich Datenschutz bestellt die Stadtverordnetenversammlung auf Vorschlag des Oberbürgermeisters einen hauptamtlichen Beauftragten oder eine hauptamtliche Beauftragte (Datenschutzbeauftragter oder Datenschutzbeauftragte).
- (4) Die Stadtverordnetenversammlung bestellt auf Vorschlag des Oberbürgermeisters einen Kinderbeauftragten oder eine Kinderbeauftragte im Ehrenamt.
- (5) Für die in den Abs. 1 bis 4 genannten Beauftragten gilt § 4 Abs. 1,2 sinngemäß für ihre jeweiligen Aufgabenbereiche. Die Beauftragten nach den §§ 4 und 5 sind dem Oberbürgermeister direkt unterstellt.

**§ 6**

**(unbesetzt)**

**§ 7**

**Zuständigkeiten der Stadtverordnetenversammlung**

Neben den in der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg und anderen gesetzlichen Vorschriften ausdrücklich vorgesehenen Entscheidungszuständigkeiten behält sich die Stadtverordnetenversammlung die Entscheidung in folgenden Angelegenheiten nach § 28 Absatz 3 Satz 2 BbgKVerf vor:

- a) Geschäfte über Vermögensgegenstände der Stadt Frankfurt (Oder) ab einem Betrag von über 375. 000 Euro; dies gilt entsprechend für den Ankauf neuer Vermögensgegenstände.
- b) Vergaben nach VOB ab einem Betrag von über 5. 000. 000 Euro;

**§ 8**

**Mitteilungspflicht von ausgeübtem Beruf oder anderer Tätigkeit**

- (1) Stadtverordnete und sachkundige Einwohner teilen dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung innerhalb von vier Wochen nach der konstituierenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung bzw. nach Annahme ihres Mandates schriftlich ihren ausgeübten Beruf sowie andere vergütete oder ehrenamtliche Tätigkeiten mit, soweit dies für die Ausübung des Mandates von Bedeutung sein kann. Anzugeben sind:
1. der ausgeübte Beruf, ggf. mit Angabe des Arbeitgebers/ Dienstherrn und der Art der Beschäftigung oder Tätigkeit. Bei mehreren ausgeübten Berufen ist der Schwerpunkt der Tätigkeit anzugeben.
  2. jede Mitgliedschaft im Vorstand, Aufsichtsrat oder einem gleichartigen Organ einer juristischen Person mit Sitz oder Tätigkeitsschwerpunkt in der Stadt.

- (2) Jede Änderung ist dem Vorsitzenden innerhalb von vier Wochen nach ihrem Eintritt schriftlich mitzuteilen.

- (3) Die Angaben nach Absatz 1 werden auf der Internetseite der Stadt veröffentlicht.

**§ 9**

**Öffentlichkeit der Sitzungen**

- (1) Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung werden spätestens volle fünf Tage vor der Sitzung entsprechend § 10 Abs. 4 dieser Hauptsatzung öffentlich bekannt gemacht.
- (2) Die Öffentlichkeit der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung bzw. ihrer Ausschüsse wird im Rahmen des § 36 BbgKVerf für folgende Gruppen von Angelegenheiten ausgeschlossen:
- a) Personal- und Disziplinarangelegenheiten
  - b) Grundstücksangelegenheiten und Vergaben
  - c) Abgaben- und Wirtschaftsangelegenheiten Einzelner
  - d) Aushandlungen von Verträgen mit Dritten
  - e) die erstmalige Beratung über Zuschüsse
  - f) Rechnungsprüfungsangelegenheiten
  - g) Abschlüsse von Vergleichen
  - h) Maßnahmen der Bodenordnung

Dies gilt nicht, wenn im Einzelfall weder überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner den Ausschluss der Öffentlichkeit erfordern.

**§ 10**

**Bekanntmachungen**

- (1) Bekanntmachungen erfolgen durch den Oberbürgermeister.
- (2) Soweit keine sondergesetzlichen Vorschriften bestehen, erfolgen öffentliche Bekanntmachungen der Stadt, die durch Rechtsvorschrift vorgeschrieben sind, durch Veröffentlichung des vollen Wortlautes im „Amtsblatt für die Stadt Frankfurt (Oder)“. Dies umfasst auch durch Rechtsvorschrift vorgeschriebene ortsübliche Bekanntmachungen.
- (3) Sind Pläne, Karten oder Zeichnungen Bestandteil einer Satzung oder eines sonstigen Schriftstücks, so kann die öffentliche Bekanntmachung dieser Teile in der Form des Absatzes 2 dadurch ersetzt werden, dass sie zu jedermanns Einsicht während der öffentlichen Sprechzeiten ausgelegt werden (Ersatzbekanntmachung). Die Ersatzbekanntmachung wird vom Oberbürgermeister angeordnet. Die Anordnung muss die genauen Angaben über Ort und Dauer der Auslegung enthalten und ist zusammen mit der Satzung nach Absatz 2 zu veröffentlichen. Die Dauer der Auslegung beträgt 14 Tage. Beginn und Ende der Auslegung sind aktenkundig zu machen.
- (4) Abweichend von Absatz 2 werden Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung mindestens volle fünf Tage vor der Sitzung durch Veröffentlichung in der Tageszeitung „Märkische Oderzeitung“ bekannt gemacht.
- (5) Abweichend von Absatz 2 werden Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung des Hauptausschusses mindestens fünf volle Tage vor der Sitzung durch Aushang im Rathaus, Marktplatz 1, und im Stadthaus, Goepelstraße 38, bekannt gemacht.
- (6) Abweichend von Absatz 2 werden Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen der Ortsbeiräte mindestens 5 volle Tage durch Aushang in den nachstehend aufgeführten Bekanntmachungskästen der Stadt im jeweiligen Ortsteil öffentlich bekannt gemacht:

1. Ortsbeirat des Ortsteils Booßen:  
\* Berliner Straße 22
2. Ortsbeirat des Ortsteils Güldendorf  
\* Seestraße/Seeplatz (Mitte)
3. Ortsbeirat Hohenwalde  
\* Dorfstraße 18
4. Ortsbeirat des Ortsteils Kliestow  
\* Winkelweg
5. Ortsbeirat des Ortsteils Lichtenberg  
\* Südstraße 1
6. Ortsbeirat des Ortsteils Lossow  
\* Lindenstraße 27
7. Ortsbeirat des Ortsteils Markendorf  
\* Wildbahn 1
8. Ortsteil des Ortsbeirates Markendorf-Siedlung  
\* Neubauernweg 10
9. Ortsteil des Ortsbeirates Rosengarten/Pagram  
\* Am Bahnhof

(7) Ist eine Satzung unter Verletzung von landesrechtlichen Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen, so ist diese Verletzung unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der öffentlichen Bekanntmachung der Satzung gegenüber der Stadt unter Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache, die den Mangel ergibt, geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung verletzt worden sind. Satz 1 gilt auch für die Verletzung von landesrechtlichen Verfahrens- oder Formvorschriften über die öffentliche Bekanntmachung, jedoch nur dann, wenn sich die Betroffenen aufgrund der tatsächlich bewirkten Bekanntmachung in zumutbarer Weise verlässlich Kenntnis von dem Satzungsinhalt verschaffen konnten. Dies gilt entsprechend für den Flächennutzungsplan und für Verordnungen der Stadt.

**§ 11**

**Bildung von Ortsteilen**

- (1) Im Gebiet der Stadt Frankfurt (Oder) bestehen die Ortsteile:
  - a) Booßen
  - b) Güldendorf
  - c) Hohenwalde
  - d) Kliestow
  - e) Lichtenberg
  - f) Lossow
  - g) Markendorf
  - h) Markendorf-Siedlung
  - i) Rosengarten/Pagram
  
- (2) In den folgenden Ortsteilen ist jeweils ein Ortsbeirat mit der nachfolgend festgesetzten Zahl von Mitgliedern unmittelbar zu wählen.
 

a) Booßen	mit 5 Mitgliedern
b) Güldendorf	mit 3 Mitgliedern
c) Hohenwalde	mit 3 Mitgliedern
d) Kliestow	mit 5 Mitgliedern
e) Lichtenberg	mit 3 Mitgliedern
f) Lossow	mit 3 Mitgliedern
g) Markendorf	mit 5 Mitgliedern
h) Markendorf-Siedlung	mit 3 Mitgliedern
i) Rosengarten/Pagram	mit 3 Mitgliedern
  
- (3) Jeder Ortsbeirat ist vor der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung oder des Hauptausschusses in folgenden Angelegenheiten zu hören:
  1. Planung von Investitionsvorhaben in dem Ortsteil;
  2. Aufstellung, Änderung und Aufhebung des Flächennutzungsplans sowie von Satzungen nach dem Baugesetzbuch und bauordnungsrechtlichen Satzungen, soweit sie sich auf den Ortsteil beziehen;

3. Planung, Errichtung, Übernahme, wesentliche Änderungen und Aufhebung von öffentlichen Einrichtungen in dem Ortsteil;
4. Aus- und Umbau sowie zu Entscheidungen über Straßen, Wege und Plätze in dem Ortsteil;
5. Benennung von Straßen, Wegen und Plätzen in dem Ortsteil;
6. Änderung der Grenzen des Ortsteils;
7. Erstellung des Haushaltsplans;
8. Neuansiedlung von Gewerbebetrieben, soweit eine Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung zulässig ist;
9. Veräußerung von kommunalen Grundstücken im Ortsteil.

Eine Anhörung findet nicht statt, soweit der Ortsbeirat bzw. der Ortsvorsteher tatsächlich oder rechtlich an der Wahrnehmung seines Anhörungsrechts gehindert ist.

- (4) Soweit es sich nicht um ein Geschäft laufender Verwaltung handelt, entscheiden die Ortsbeiräte über folgende Angelegenheiten:
  1. Reihenfolge von Unterhaltung, Instandsetzung und Ausbau von Straßen, Wegen und Plätzen einschließlich der Nebenanlagen, deren Bedeutung nicht über den Ortsteil hinausgeht;
  2. Pflege des Ortsbildes und Pflege und Ausgestaltung von öffentlichen Park- und Grünanlagen, Friedhöfen, Badestellen sowie Boots- und Kahnanlegestellen in dem Ortsteil und
  3. Unterhaltung, Nutzung und Ausstattung der öffentlichen Einrichtungen, deren Bedeutung nicht über den Ortsteil hinausgeht.
  
- (5) Die Sitzungen jedes Ortsbeirates sind grundsätzlich öffentlich. § 9 Abs. 2 gilt entsprechend.
  
- (6) Für die Mitglieder der Ortsbeiräte findet § 8 Abs. 1 – 3 entsprechende Anwendung.

**§ 12**

**Hauptausschuss**

In der Stadt Frankfurt (Oder) wird ein Hauptausschuss gebildet.

**§ 13**

**Zuständigkeit des Hauptausschusses**

Der Hauptausschuss entscheidet über

- a) Geschäfte über Vermögensgegenstände der Stadt Frankfurt (Oder) bis zum Betrag von 375.000 EURO, es sei denn, es handelt sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung im Sinne von § 14 Abs. 1 Buchstabe a); dies gilt entsprechend für den Ankauf neuer Vermögensgegenstände.
  
- b) die Übernahme von Bürgschaften, den Abschluss von Gewährverträgen und die Bestellung anderer Sicherheiten für Dritte, sowie Rechtsgeschäfte, die den Vorgenannten wirtschaftlich gleichkommen, es sei denn, es handelt sich hierbei um ein aufsichtsbehördlich genehmigungsfreies Geschäft der laufenden Verwaltung im Sinne des § 75 Absatz 2 Satz 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg;
  
- c) die Aufnahme von Krediten und kreditähnlichen Verpflichtungen, es sei denn, es handelt sich hierbei um ein aufsichtsbehördlich genehmigungsfreies Geschäft der laufenden Verwaltung im Sinne des § 74 Absatz 5 Satz 4 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg;
  
- d) die Annahme und Vornahme von Schenkungen und Zuwendungen von/an Dritte, es sei denn, es handelt sich um ein

Geschäft der laufenden Verwaltung im Sinne von § 14 Abs. 1 Buchstabe b);

- e) Vergaben nach VOL, es sei denn, es handelt sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung im Sinne von § 14 Abs. 1 Buchstabe d);
- f) Vergaben nach VOB bis zu einem Betrag von 5.000.000 EURO, es sei denn, es handelt sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung im Sinne von § 14 Abs. 1 Buchstabe e);
- g) Vergabe nach VOF, es sei denn, es handelt sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung im Sinne von § 14 Abs. 1 Buchstabe f);
- h) über die Genehmigung von Dienstreisen für ehrenamtliche Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse;
- i) die Errichtung, die Umwandlung des Zwecks sowie die Aufhebung einer Stiftung einschließlich der Entscheidung über den Verbleib des Stiftungsvermögens, es sei denn, die gesetzlichen Entscheidungsvorbehalte der Stadtverordnetenversammlung sind betroffen;
- j) den Abschluss von Vergleichen und die Abgabe von Anerkennnissen, wenn dadurch eine Belastung oder ein Rechtsverzicht der Stadt bewirkt wird, es sei denn, es handelt sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung im Sinne von § 14 Abs. 1 Buchstabe k);
- k) die Führung von Rechtsstreitigkeiten, es sei denn, es handelt sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung im Sinne von § 14 Abs. 1 Buchstabe l);
- l) den Abschluss von Versicherungsverträgen, es sei denn, es handelt sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung im Sinne von § 14 Abs. 1 Buchstabe m);
- m) die Gestaltung von Gesellschaftsverträgen nach Maßgabe des § 50 Abs. 2 Satz 2 BbgKVerf; Zuständigkeiten der Stadtverordnetenversammlung nach § 28 Abs. 2 BbgKVerf bleiben hiervon unberührt.

**§ 14**

**Zuständigkeit des Oberbürgermeisters**

- (1) Der Oberbürgermeister ist zuständig für:
  - a) Geschäfte über Vermögensgegenstände der Stadt Frankfurt (Oder) bis zum Betrag von 20.000 EURO; dies gilt entsprechend für den Ankauf neuer Vermögensgegenstände.
  - b) die Annahme und Vornahme von Schenkungen und Zuwendungen Dritter im jeweiligen Wert bis zu 10.000 EURO;
  - c) die Aufnahme von Kassenkrediten im Rahmen des Höchstbetrages der geltenden Haushaltssatzung;
  - d) Vergaben nach VOL bis zu einem Betrag von 50.000 Euro;
  - e) Vergaben nach VOB bis zu einem Betrag von 500.000 EURO;
  - f) die Erteilung von Aufträgen unterhalb des jeweils gültigen Schwellenwertes der VOF, soweit diese Aufträge bei Erreichen des Schwellenwertes in den Anwendungsbereich der VOF fallen würden;
  - g) die Erteilung von Vorrangseinräumungen vor städtischen Rechten;
  - h) die Erteilung von Pfandhaftentlastungen;

- i) die Erteilung von Gleichrangigkeitserklärungen;
- j) die Belastung von Grundstücken mit Dienstbarkeiten und deren Löschung;
- k) den Abschluss von Vergleichen und die Abgabe von Anerkennnissen, wenn dadurch eine Belastung oder ein Rechtsverzicht der Stadt im Gegenwert bis zu 100.000 EURO bewirkt wird;
- l) die Führung von Rechtsstreitigkeiten bis zu einem Streitwert in Höhe von 100.000 EURO;
- m) den Abschluss von Versicherungsverträgen bis zu einem Wert von 50.000 EURO;
- n) Erklärungen im Zusammenhang mit Auftragserteilungen nach den Verdingungsordnungen VOB, VOL und VOF sowie nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure HOAI;
- o) die Übernahme von Bürgschaften bis zu einem Betrag von 1.500 EURO.

(2) Folgende Angelegenheiten gelten als Geschäfte der laufenden Verwaltung:

- a) die Erklärung des Einvernehmens der Stadt über:
  - die Zulassung von Ausnahmen von der Veränderungssperre (§ 14 Absatz 2 BauGB)
  - die Zulassung von Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes (§§ 31, 36 Absatz 1 Satz 2 BauGB)
  - die Zulassung von Vorhaben während der Aufstellung eines Bebauungsplanes (§§ 33, 36 Absatz 1 Satz 2 BauGB)
  - die Zulassung von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile (§§ 34, 36 Absatz 1 Satz 2 BauGB)
  - die Zulassung von Vorhaben im Außenbereich (§§ 35, 36 Absatz 1 Satz 2 BauGB)
- b) die Entscheidung über:
  - die Anträge auf Zurückstellung von Baugesuchen (§ 15 BauGB)
  - die Ausübung oder die Nichtausübung des Vorkaufsrechts der Stadt (§§ 24 ff BauGB)

**§ 15**

**Zahl der Beigeordneten**

Die Stadt Frankfurt (Oder) hat 3 Beigeordnete.

**§ 16**

**Gemeindebedienstete**

Die Stadtverordnetenversammlung entscheidet auf Vorschlag des Oberbürgermeisters über:

- a) das Ergebnis des Bewerberauswahlverfahrens bei der Begründung eines Beamtenverhältnisses ab Besoldungsgruppe A 13 des höheren Dienstes sowie über die Einstufung und Entlassung von Arbeitnehmern ab Entgeltgruppe 13 TVöD - VKA;
- b) die Beförderung ab Besoldungsgruppe A 13 des höheren Dienstes, soweit auf die Beförderung nicht bereits ein Anspruch besteht, die Verleihung eines Amtes einer Laufbahn des höheren Dienstes beim Wechsel der Laufbahngruppe sowie die nicht nur vorübergehende Übertragung einer anders bewerteten Tätigkeit an Arbeitnehmer ab Entgeltgruppe 13 TVöD - VKA.

## § 17

## Inkrafttreten

- (1) Diese Hauptsatzung tritt mit dem Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung im Amtsblatt für die Stadt Frankfurt (Oder) in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung vom 17.05.2004 außer Kraft.
- (2) Sollten einzelne Regelungen dieser Hauptsatzung nichtig oder unwirksam sein, soll dies die Wirksamkeit der übrigen Regelungen nicht berühren.

Frankfurt (Oder), den 18.02.2009

Martin Patzelt  
Oberbürgermeister

## Bekanntmachung

**für Staatsangehörige der übrigen Mitgliedstaaten  
der Europäischen Union  
(Unionsbürger) zur Wahl zum Europäischen Parlament  
in der Bundesrepublik Deutschland am 7. Juni 2009**

Am 7. Juni 2009 findet die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland statt. An dieser Wahl können Sie aktiv teilnehmen, wenn Sie in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innehaben oder sich dort sonst gewöhnlich aufhalten und am Wahltag

1. die Staatsangehörigkeit eines der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union besitzen,
2. das 18. Lebensjahr vollendet haben,
3. seit mindestens drei Monaten in der Bundesrepublik Deutschland oder in den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine Wohnung innehaben oder sich dort sonst gewöhnlich aufhalten (auf die Dreimonatsfrist wird ein aufeinanderfolgender Aufenthalt in den genannten Gebieten angerechnet),
4. weder in der Bundesrepublik Deutschland noch in dem Mitgliedstaat der Europäischen Union, dessen Staatsangehörigkeit Sie besitzen, vom aktiven Wahlrecht zum Europäischen Parlament ausgeschlossen sind,
5. in ein Wählerverzeichnis in der Bundesrepublik Deutschland eingetragen sind. Die erstmalige Eintragung erfolgt **nur auf Antrag. Der Antrag ist auf einem Vordruck spätestens bis zum 17. Mai 2009 zu stellen.**

Einem Antrag auf Eintragung in ein deutsches Wählerverzeichnis, der erst nach dem 17. Mai 2009 bei der zuständigen Gemeindebehörde eingeht, kann nicht mehr entsprochen werden (§ 17a Abs. 2 der Europawahlordnung).

Sind Sie bereits aufgrund Ihres Antrages bei den Wahlen zum Europäischen Parlament am 13. Juni 1999 oder am 13. Juni 2004 in ein Wählerverzeichnis der Bundesrepublik Deutschland eingetragen worden, brauchen Sie keinen erneuten Antrag zu stellen. Ihre Eintragung erfolgt dann von Amts wegen, sofern die sonstigen wahlrechtlichen Voraussetzungen vorliegen. Dies gilt nicht, wenn Sie bis einschließlich zum 17. Mai 2009 gegenüber der zuständigen Gemeindebehörde auf einem Formblatt beantragen, nicht in dem deutschen Wählerverzeichnis geführt zu werden. Die Entscheidung gegen eine Eintragung in ein deutsches Wählerverzeichnis gilt dann für alle künftigen Wahlen zum Europäischen Parlament, bis Sie hier erneut einen Antrag auf Eintragung in ein deutsches Wählerverzeichnis stellen.

Sind Sie bei den Europawahlen von 1979 bis 1994 in ein Wählerverzeichnis in der Bundesrepublik Deutschland eingetragen worden, müssen Sie für eine Teilnahme an der Europawahl in Deutschland einen erneuten Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis stellen.

Nach einem Wegzug aus Deutschland und erneutem Zuzug in die Bundesrepublik Deutschland müssen Sie immer einen neuen Antrag auf Eintragung in ein deutsches Wählerverzeichnis stellen.

Antragsvordrucke sowie Merkblätter zur Information können bei der Stadt Frankfurt (Oder), Stadthaus - Goepelstr. 38, 15234 Frankfurt (Oder) - Wahlbüro, Zimmer 3.111 im Rahmen der Sprechzeiten abgeholt oder angefordert werden.

Wenn Sie in der Bundesrepublik Deutschland **als Wahlbewerber** für einen der deutschen Sitze im Europäischen Parlament kandidieren wollen, ist u. a. Voraussetzung, dass Sie am Wahltag

1. das 18. Lebensjahr vollendet haben,

2. die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union besitzen,
3. weder in der Bundesrepublik Deutschland noch in dem Mitgliedstaat der Europäischen Union, dem Sie angehören, von der Wählbarkeit ausgeschlossen sind.

Mit Ihrem Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis oder mit dem Wahlvorschlag mit Ihrer Kandidatur müssen Sie eine Versicherung an Eides statt abgeben, dass bei Ihnen die o. g. Voraussetzungen für eine aktive oder passive Wahlteilnahme vorliegen.

Frankfurt (Oder), 18.2.2009

Beckmann  
Stadtwahlleiter

## Bekanntmachung

### Neubekanntmachung des Vorhaben- und Erschließungsplanes VEP-02-003 „Druckhaus der Märkischen Verlags- und Druckhaus GmbH“

Der von der Stadtverordnetenversammlung am 30.01.1992 als Satzung beschlossene Vorhaben- und Erschließungsplan VEP-02-003 „Druckhaus der Märkischen Verlags- und Druckhaus GmbH“, für das in der beigefügten Übersichtskarte gekennzeichnete Gebiet, wurde mit Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde, dem Landesamt für Bauen, Bautechnik und Wohnen in Cottbus, vom 15.05.1992 mit Maßgabe genehmigt. Die Maßgabe wurde durch Beitrittsbeschluss vom 21.05.1992 erfüllt. Das hat die höhere Verwaltungsbehörde mit Schreiben vom 27.05.1992 bestätigt. Der Geltungsbereich umfasst das Grundstück des Druckhauses der Märkischen Verlags- und Druckhaus GmbH & Co. KG Fischerstraße 82-83 zwischen Fischerstraße, Kellespring und Leopoldufer (Siehe auch Abgrenzung des Geltungsbereichs auf beigefügter Übersichtskarte).

Der Beschluss vom 30.01.1992 über den Vorhaben- und Erschließungsplan VEP-02-003 „Druckhaus der Märkischen Verlags- und Druckhaus GmbH“ als Satzung, die Erteilung der Genehmigung vom 15.05.1992 und der Beitrittsbeschluss vom 21.05.1992 werden hiermit ortsüblich bekannt gemacht.

Für den beschriebenen Geltungsbereich enthält der Vorhaben- und Erschließungsplan die rechtsverbindlichen Festsetzungen für die städtebauliche Ordnung. Er bildete die Grundlage zur Errichtung des Vorhabens (Druckhaus) und für weitere, aufgrund des Baugesetzbuchs erforderliche Maßnahmen sowie die Zulassung von Vorhaben nach der Brandenburgischen Bauordnung.

Jedermann hat auf Dauer die Möglichkeit, den Vorhaben- und Erschließungsplan und die Begründung im Bauamt, Zimmer 1.421 (Stadtverwaltung Frankfurt (Oder), Dezernat Wirtschaft, Stadtentwicklung, Bauen und Umweltschutz, Bauamt, Stadthaus, Goepelstraße 38, 15234 Frankfurt (Oder), Haus 1, 1.OG, Tel. 0335/552 6107) während der Bürgersprechstunden einzusehen und über dessen Inhalt Auskunft zu verlangen.

Durch die Wiederholung dieser Bekanntmachung im Amtsblatt für die Stadt Frankfurt (Oder), werden etwaige Mängel der ortsüblichen Bekanntmachung der Satzung vom 04.06.1992 geheilt. **Gemäß § 214 Abs. 4 Baugesetzbuch\* wird der Vorhaben- und Erschließungsplan VEP-02-003 „Druckhaus der Märkischen Verlags- und Druckhaus GmbH“ rückwirkend zum 04.06.1992 in Kraft gesetzt.**

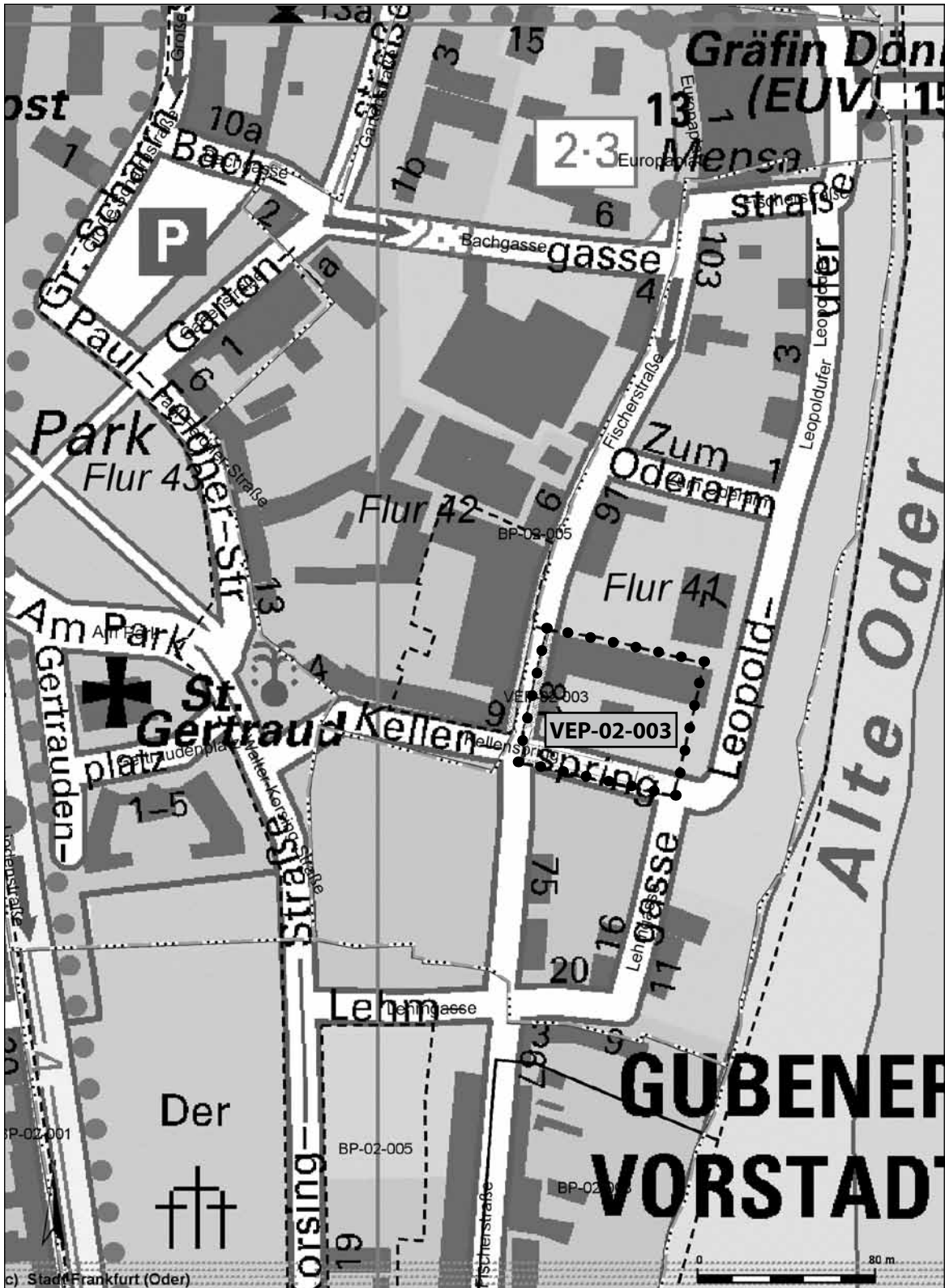
Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 Baugesetzbuch (BauGB i.d.F. der Bekanntmachung vom 23.09.2004, BGBl. I S. 2414 zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 21.12.2006, BGBl. I S. 3316), über die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche im Falle der in den §§ 39 bis 42 Baugesetzbuch bezeichneten Vermögensnachteile, deren Leistung schriftlich beim Entschädigungspflichtigen zu beantragen ist und des § 44 Abs. 4 Baugesetzbuch, über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen, wenn der Antrag nicht innerhalb von drei Jahren gestellt ist, wird hingewiesen.

Eine beachtliche Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 – 3, Abs. 2 Baugesetzbuch bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften sowie beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs nach § 214 Abs. 3 Satz 2 Baugesetzbuch sind gemäß § 215 Abs. 1 Nr. 1-3 Baugesetzbuch unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt Frankfurt (Oder) geltend gemacht worden sind. Bei der Geltendmachung ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen (§ 215 Abs. 1 Satz 1 BauGB). Dies gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2 a Baugesetzbuch beachtlich sind.

Eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften die in der Gemeindeordnung für das Land Brandenburg (GO i.d.F. der Bekanntmachung vom 10.10.2001, GVBl. I S. 154 zuletzt geändert durch Artikel 4 Abs. 2 des Gesetzes vom 18.12.2007, GVBl. I S. 286) enthalten oder

*weiter auf Seite 27*

Übersichtskarte zum Geltungsbereich (zu Seite 25)



c) Stadt Frankfurt (Oder)

**VEP-02-003 Druckhaus Fischerstraße/Kellenspring**



Stadt Frankfurt (Oder)  
Goepelstraße 38  
15234 Frankfurt (Oder)

Maßstab 1: 2500

Bearbeiter: Bauamt

Datum: 17.2.2009



aufgrund der Gemeindeordnung erlassen worden sind, ist unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt Frankfurt (Oder) unter der Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache, die den Mangel ergibt, geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung oder die öffentliche Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind (§ 5 Abs. 4 GO).

\* *Baugesetzbuch (BauGB i.d.F. der Bekanntmachung vom 23.09.2004, BGBl. I S. 2414 zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 24.12.2008, BGBl. I S. 3018)*

Anlage: Übersichtskarte zum Geltungsbereich (siehe Seite 26)

Frankfurt (Oder), den 24.02.2009

Martin Patzelt  
Oberbürgermeister

Siegel

### Bekanntmachungsanordnung

Aufgrund § 10 Abs. 3 Baugesetzbuch wird hiermit die Ersatzbekanntmachung gem. § 2 Abs. 1 Bekanntmachungsverordnung des Landes Brandenburg vom 01.12.2000 (GVBl. II S. 435) i.V.m. § 16 Abs. 3 Hauptsatzung der Stadt Frankfurt (Oder) für den Vorhaben- und Erschließungsplan VEP-02-003 „Druckhaus der Märkischen Verlags- und Druckhaus GmbH“ angeordnet. Die Einsichtnahme- und Auskunftsmöglichkeit besteht auf Dauer während der Bürgersprechstunden im Bauamt, Zimmer 1.421 (Stadtverwaltung Frankfurt (Oder), Dezernat Wirtschaft, Stadtentwicklung, Bauen und Umweltschutz, Bauamt, Stadthaus, Goepelstraße 38, 15234 Frankfurt (Oder), Haus 1, 1.OG, Tel. 0335/552 6107).

Frankfurt (Oder), den 24.02.2009

Martin Patzelt  
Oberbürgermeister

### Bekanntmachung

#### Neubekanntmachung des Bebauungsplanes BP-09-003 „Gartenstadt Buckower Straße / Nuhnenstraße“

Der von der Stadtverordnetenversammlung am 17.09.1998 als Satzung beschlossene Bebauungsplan BP-09-003 „Gartenstadt Buckower Straße / Nuhnenstraße“, für das in der beigefügten Übersichtskarte gekennzeichnete Gebiet, wurde mit Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde, dem Landesamt für Bauen, Bautechnik und Wohnen in Cottbus, vom 15.10.1998, Az.: 41-3-567/98 genehmigt. Der Geltungsbereich umfasst im Wesentlichen das allgemeine Wohngebiet zwischen alter Nuhnenstraße, Pappelweg, Buckower Straße und Conergy-Straße (Siehe auch Abgrenzung des Geltungsbereichs auf beigefügter Übersichtskarte).

Der Beschluss vom 17.09.1998 über den Bebauungsplan BP-09-003 „Gartenstadt Buckower Straße / Nuhnenstraße“ als Satzung und die Erteilung der Genehmigung vom 15.10.1998 werden hiermit ortsüblich bekannt gemacht.

Für den beschriebenen Geltungsbereich enthält der Bebauungsplan die rechtsverbindlichen Festsetzungen für die städtebauliche Ordnung. Er bildet die Grundlage für weitere, aufgrund des Baugesetzbuchs erforderliche Maßnahmen und für die Zulassung von Vorhaben nach der Brandenburgischen Bauordnung. Neben den Festsetzungen für Erschließungs-, Grün- und Freiflächen setzt der Bebauungsplan im Wesentlichen die Nutzung des Gebietes als Allgemeines Wohngebiet gem. § 4 Baunutzungsverordnung (BauNVO vom 23. Januar 1990, BGBl. I S. 132 zuletzt geändert am 22. April 1993, BGBl. I S. 466) fest.

Jedermann hat auf Dauer die Möglichkeit, den Bebauungsplan und die Begründung im Bauamt, Zimmer 1.421 (Stadtverwaltung Frankfurt (Oder), Dezernat Wirtschaft, Stadtentwicklung, Bauen und Umweltschutz, Bauamt, Stadthaus, Goepelstraße 38, 15234 Frankfurt (Oder), Haus 1, 1.OG, Tel. 0335/552 6107) während der Bürgersprechstunden einzusehen und über dessen Inhalt Auskunft zu verlangen.

Durch die Wiederholung dieser Bekanntmachung im Amtsblatt für die Stadt Frankfurt (Oder), werden etwaige Mängel der ortsüblichen Bekanntmachung der Satzung vom 25.11.1998 geheilt. **Gemäß § 214 Abs. 4 Baugesetzbuch\* wird der Bebauungsplan BP-09-003 „Gartenstadt Buckower Straße / Nuhnenstraße“ rückwirkend zum 25.11.1998 in Kraft gesetzt.**

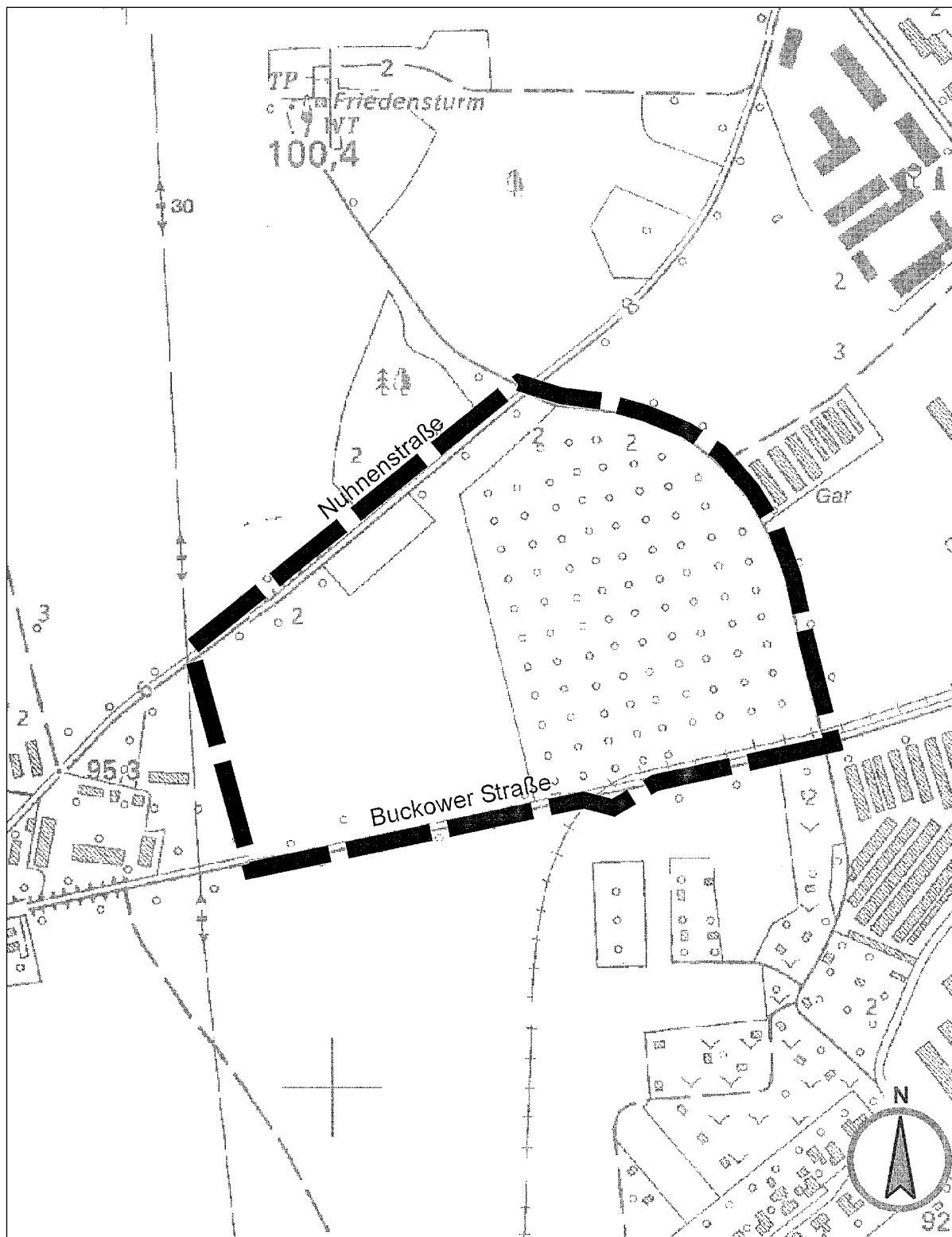
Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 Baugesetzbuch (BauGB i.d.F. der Bekanntmachung vom 23.09.2004, BGBl. I S. 2414 zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 21.12.2006, BGBl. I S. 3316), über die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche im Falle der in den §§ 39 bis 42 Baugesetzbuch bezeichneten Vermögensnachteile, deren Leistung schriftlich beim Entschädigungspflichtigen zu beantragen ist und des § 44 Abs. 4 Baugesetzbuch, über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen, wenn der Antrag nicht innerhalb von drei Jahren gestellt ist, wird hingewiesen.


Eine beachtliche Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 – 3, Abs. 2 Baugesetzbuch bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften sowie beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs nach § 214 Abs. 3 Satz 2 Baugesetzbuch sind gemäß § 215 Abs. 1 Nr. 1-3 Baugesetzbuch unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt Frankfurt (Oder) geltend gemacht worden sind. Bei der Geltendmachung ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen (§ 215 Abs. 1 Satz 1 BauGB). Dies gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2 a Baugesetzbuch beachtlich sind.

Eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften die in der Gemeindeordnung für das Land Brandenburg (GO i.d.F. der Bekanntmachung vom 10.10.2001, GVBl. I S. 154 zuletzt geändert durch Artikel 4 Abs. 2 des Gesetzes vom 18.12.2007, GVBl. I S. 286) enthalten oder aufgrund der Gemeindeordnung erlassen worden sind, ist unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekannt-

weiter auf Seite 29

Übersichtskarte zum Geltungsbereich (zu Seite 27)



 <b>Frankfurt (Oder)</b> Kleinstadt Stadt Frankfurt (Oder)	<b>Stadtverwaltung Frankfurt (Oder), Bauamt</b>	<b>Dezernat II</b>
	<b>Übersichtskarte BP-09-003 "Gartenstadt Buckower Straße/ Nuhnenstraße"</b> Originalmaßstab 1 : 5.000	<b>Januar 2004</b>

machung schriftlich gegenüber der Stadt Frankfurt (Oder) unter der Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache, die den Mangel ergibt, geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung oder die öffentliche Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind (§ 5 Abs. 4 GO).

\* *Baugesetzbuch (BauGB i.d.F. der Bekanntmachung vom 23.09.2004, BGBl. I S. 2414 zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 24.12.2008, BGBl. I S. 3018)*

Anlage: Übersichtskarte zum Geltungsbereich (siehe Seite 28)

Frankfurt (Oder), den 24.02.2009

Martin Patzelt  
Oberbürgermeister

Siegel

### Bekanntmachungsanordnung

Aufgrund § 10 Abs. 3 Baugesetzbuch wird hiermit die Ersatzbekanntmachung gem. § 2 Abs. 1 Bekanntmachungsverordnung des Landes Brandenburg vom 01.12.2000 (GVBl. II S. 435) i.V.m. § 16 Abs. 3 Hauptsatzung der Stadt Frankfurt (Oder) für den Bebauungsplan BP-09-003 „Gartenstadt Buckower Straße / Nuhnenstraße“ angeordnet. Die Einsichtnahme- und Auskunftsmöglichkeit besteht auf Dauer während der Bürgersprechstunden im Bauamt, Zimmer 1.421 (Stadtverwaltung Frankfurt (Oder), Dezernat Wirtschaft, Stadtentwicklung, Bauen und Umweltschutz, Bauamt, Stadthaus, Goepelstraße 38, 15234 Frankfurt (Oder), Haus 1, 1.OG, Tel. 0335/552 6107).

Frankfurt (Oder), den 24.02.2009

Martin Patzelt  
Oberbürgermeister

### Bekanntmachung

#### Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung zur 9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Frankfurt (Oder)

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt (Oder) hat am 18.02.2009 beschlossen, den Flächennutzungsplan der Stadt Frankfurt (Oder) vom 24.01.2000 zu ändern (FNP vom 24.01.2000 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30.11.2005 zuletzt geändert durch die 7. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Frankfurt (Oder) vom 06.03.2007, bekannt gemacht am 07.03.2007). Dieser Beschluss wird hiermit ortsüblich bekannt gemacht. Er kann im vollen Wortlaut während der allgemeinen Sprechzeiten im Bauamt, Stadthaus, Goepelstraße 38, 15234 Frankfurt (Oder) Haus 1, 1.OG, Zimmer 1.421 eingesehen werden.

Die 9. Änderung des Flächennutzungsplans erstreckt sich auf 5 Teilbereiche mit jeweils gesonderten Geltungsbereichen. Folgende Änderungen sind im Einzelnen beabsichtigt:

#### 1 Teilbereich Ä 9.1.- Kennzeichnung der Hochwasserlinie

Da ein durch das Land formell festgesetztes Überschwemmungsgebiet noch nicht existiert wird zur Verbesserung der Informationswirkung eine hinweisende Darstellung der Hochwasserlinie (HW 100 § 5 Abs. 4 a BauGB i.V. § 31 b Abs. 2 Wasserhaushaltsgesetz) Bestandteil des Flächennutzungsplanes als Vermerk. Die Hochwasserlinie entlang der Oder wird Bestandteil des Flächennutzungsplanes.

#### 2 Teilbereich Ä 9.2. – ETTC Frankfurt (Oder) „Frankfurter Tor/ Süd“ und „Frankfurter Tor/ Nordost“

Teilweise Entfall der Zweckbestimmung GVZ in den Bebauungsplangebieten BP-93-006.1 und BP-93-006.2 ETTC Frankfurt (Oder) „Frankfurter Tor/ Süd“ sowie „Frankfurter Tor/ Nordost“

#### 3 Teilbereich Ä 9.3. – „Industriegebiet an der A 12“

Neuausweisung gewerblicher Baufläche südlich des ETTC Frankfurt (Oder) „Frankfurter Tor/ Süd“ mit folgender Ausdehnung:  
Nordwesten: Gebietsbegrenzung durch das Bebauungsplangebiet BP- 93- 006.1 ETTC Frankfurt (Oder) „Frankfurter Tor/ Süd“ bzw. Nordstraße des Ortsteiles Lichtenberg  
Osten: Landwirtschaftsweg (Vorhaltetrasse der B 87 neu) und B 112 neu  
Süden: auf Höhe ca. der Hälfte des sog. Priesterwäldchens verläuft die Geltungsbereichsgrenze Richtung Westen bis auf die Nordstraße

#### 4 Teilbereich Ä 9.4. – Sondergebiet Messe

Verkleinerung des Sondergebietes mit der Zweckbestimmung Messe zu Gunsten einer Wohn- oder gemischten Baufläche im Bebauungsplangebiet BP-06-012 „Messegelände/ Nuhnenstraße“.

#### 5 Teilbereich Ä 9.5. – Verbindungsstraße Seefichten zur B 112 neu

Unter Verzicht auf die verschiedenen Trassenkorridore und entsprechende Straßenzuführungen wird die nunmehr mögliche direkte Verbindung vom Gewerbegebiet Seefichten zur B 112 neu in den Flächennutzungsplan aufgenommen.

Der von der Änderung betroffene 4. Bauabschnitt, der die Direktanbindung vom vorhandenen Gewerbegebiet Seefichten darstellt, soll von der Einmündung Knappenweg an die Schubertstraße im Gewerbegebiet Seefichten und von dort nahezu konstant in westlicher Richtung bis zur B 112 n verlaufen. Der weitere Streckenverlauf orientiert dabei an der nördlichen Waldkante eines Forstes. Der Einbindungspunkt an der B 112 neu wurde so gewählt, dass er sich südlich des Schachtgebietes Otto II befindet und durch die Rampen keine Forstflächen in Anspruch genommen werden.

Sie haben Gelegenheit, sich im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit an dieser Planung zu beteiligen. Zum Zwecke der Unterrichtung werden die Beschlussunterlagen für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt. Nach § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch\* besteht die Möglichkeit, sich über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, sich wesentlich unterscheidende Lösungen, die für die Neugestaltung oder Entwicklung eines Gebiets in Betracht kommen und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung zu informieren und Gelegenheit zur Erörterung.

**Ort der Auslegung:**

Stadtverwaltung Frankfurt (Oder)  
 Dezernat Wirtschaft, Stadtentwicklung, Bauen und Umweltschutz  
 Bauamt, Stadthaus, Goepelstraße 38, 15234 Frankfurt (Oder), Haus 1, 1.OG,  
 Einzelauskünfte / Erörterung / Niederschrift von Äußerungen in Zimmer 1.421 (Fon 0335/552 6107)

**Dauer der Auslegung:**

vom 12.03.2009 bis einschließlich 14.04.2009 während folgender Dienststunden:  
 Montag und Mittwoch von 09.00 - 12.00 und von 13.00 – 16.00 Uhr,  
 Dienstag von 09.00 - 12.00 und von 13.00 – 18.00 Uhr,  
 Donnerstag von 09.00 - 12.00 und von 13.00 – 16.00 Uhr,  
 Freitag von 09.00 – 12.00 Uhr  
 sowie nach telefonischer Vereinbarung auch außerhalb dieser Zeiten.

\* *Baugesetzbuch (BauGB i.d.F. der Bekanntmachung vom 23.09.2004, BGBl. I S. 2414 zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 24.12.2008, BGBl. I S. 3018)*

Frankfurt (Oder), den 24.02.2009

Martin Patzelt  
 Oberbürgermeister

**Bekanntmachung**

**Bebauungsplan BP-18-002 „Industriegebiet an der A 12“; Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit am Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes gem. § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt (Oder) hat am 18.02.2009 beschlossen, für das in der beiliegenden Übersichtskarte gekennzeichnete Gebiet südlich des ETTC Frankfurt (Oder) „Frankfurter Tor / Süd“ einen Bebauungsplan mit der Bezeichnung BP-18-002 „Industriegebiet an der A 12“ aufzustellen. Der Oberbürgermeister wurde beauftragt, die Öffentlichkeit und die Behörden frühzeitig über die Ziele, Zwecke und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planaufstellung zu unterrichten. Das Ergebnis ist im Entwurf zum Bebauungsplan zu berücksichtigen

Das Plangebiet liegt im westlichen Teil der Stadt mit einer Fläche von ca. 75 ha und wird im Nordwesten durch das ETTC Frankfurt (Oder) „Frankfurter Tor/ Süd“ bzw. die Nordstraße des Ortsteiles Lichtenberg, im Osten durch den Landwirtschaftsweg (Vorhaltetrasse der B 87 neu) und die B 112 neu begrenzt. Im Süden verläuft die Geltungsbereichsgrenze auf etwa halber Höhe des sog. Priesterwäldchens Richtung Westen bis zur Nordstraße (Siehe auch Abgrenzung des Plangebietes auf beigefügter Übersichtskarte).

**Sie haben Gelegenheit, sich im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit an dieser Planung zu beteiligen. Zu diesem Zweck findet am 17.03.2009 um 17:30 Uhr eine Bürgerversammlung im Stadthaus, Raum 3.107, Goepelstraße 38, 15234 Frankfurt (Oder) statt.**

Nach § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch\* besteht die Möglichkeit, sich über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, sich wesentlich unterscheidende Lösungen, die für die Neugestaltung oder Entwicklung eines Gebiets in Betracht kommen und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung zu informieren und Gelegenheit zur Erörterung. Weiterhin können während der Veranstaltung sowie innerhalb einer Frist von 2 Wochen danach Äußerungen hierzu abgegeben werden. Diese werden in der weiteren Planung berücksichtigt.

\* *Baugesetzbuch (BauGB i.d.F. der Bekanntmachung vom 23.09.2004, BGBl. I S. 2414 zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 24.12.2008, BGBl. I S. 3018)*

Anlage: Übersichtskarte zur Abgrenzung des Plangebiets (siehe Seite 31)

Frankfurt (Oder), den 24.02.2009

Martin Patzelt  
 Oberbürgermeister

**Bekanntmachung**

**Umsetzung des Stadtbaukonzeptes (STUK III) – Aufwertungsmaßnahmen 2010**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt (Oder) hat am 18.02.2009 die Aufwertungsmaßnahmen des Stadtbbaus für das Jahr 2010 beschlossen.

Der Oberbürgermeister wurde beauftragt, die im Rahmen der zur Verfügung stehenden Finanzmittel realisierbaren Maßnahmen vorzubereiten und umzusetzen.

Dieser Beschluss wird hiermit ortsüblich bekannt gemacht. Er kann im vollen Wortlaut während der allgemeinen Sprechzeiten im Bauamt, Zimmer 1.421 (Stadtverwaltung Frankfurt (Oder), Dezernat Wirtschaft, Stadtentwicklung, Bauen und Umweltschutz, Bauamt, Stadthaus, Goepelstraße 38, 15234 Frankfurt (Oder), Haus 1, 1.OG) eingesehen werden.

Frankfurt (Oder), den 24.02.2009

Martin Patzelt  
 Oberbürgermeister

**Gewässer- und Deichschau 2009**

Die diesjährige Gewässer- und Deichschau wird, gemäß §§ 111 und 112 des Brandenburgischen Wassergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Dezember 2004 (GVBl. I/ 2005, Nr. 05, S.50) geändert durch Artikel 1 Gesetz zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften vom 23. April 2008 (GVBl. I/2008, Nr. 5, S. 62) und des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände vom 12. Februar 1991 (BGBl. I/91, S. 405), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Mai 2002 (BGBl. I, S. 1578)

**vom 20.04. bis 23.04.2009**

im Gebiet der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) durchgeführt.

Aufgabe der Gewässer- und Deichschau ist es, bedeutsame Gewässer und Deiche zu besichtigen und festzustellen, ob

- sich die Gewässer und Deiche in einem ordnungsgemäßen Zustand befinden,
- eine ordnungsgemäße Unterhaltung erfolgte bzw. zusätzliche Unterhaltungsarbeiten notwendig sind,
- die Gewässer, Seen und Teiche beeinträchtigt werden.

Zur Gewässer- und Deichschau werden die Ortsvorsteher/innen, ortskundige oder interessierte Bürger sowie die gesetzlich vorgeschriebenen Teilnehmer, wie

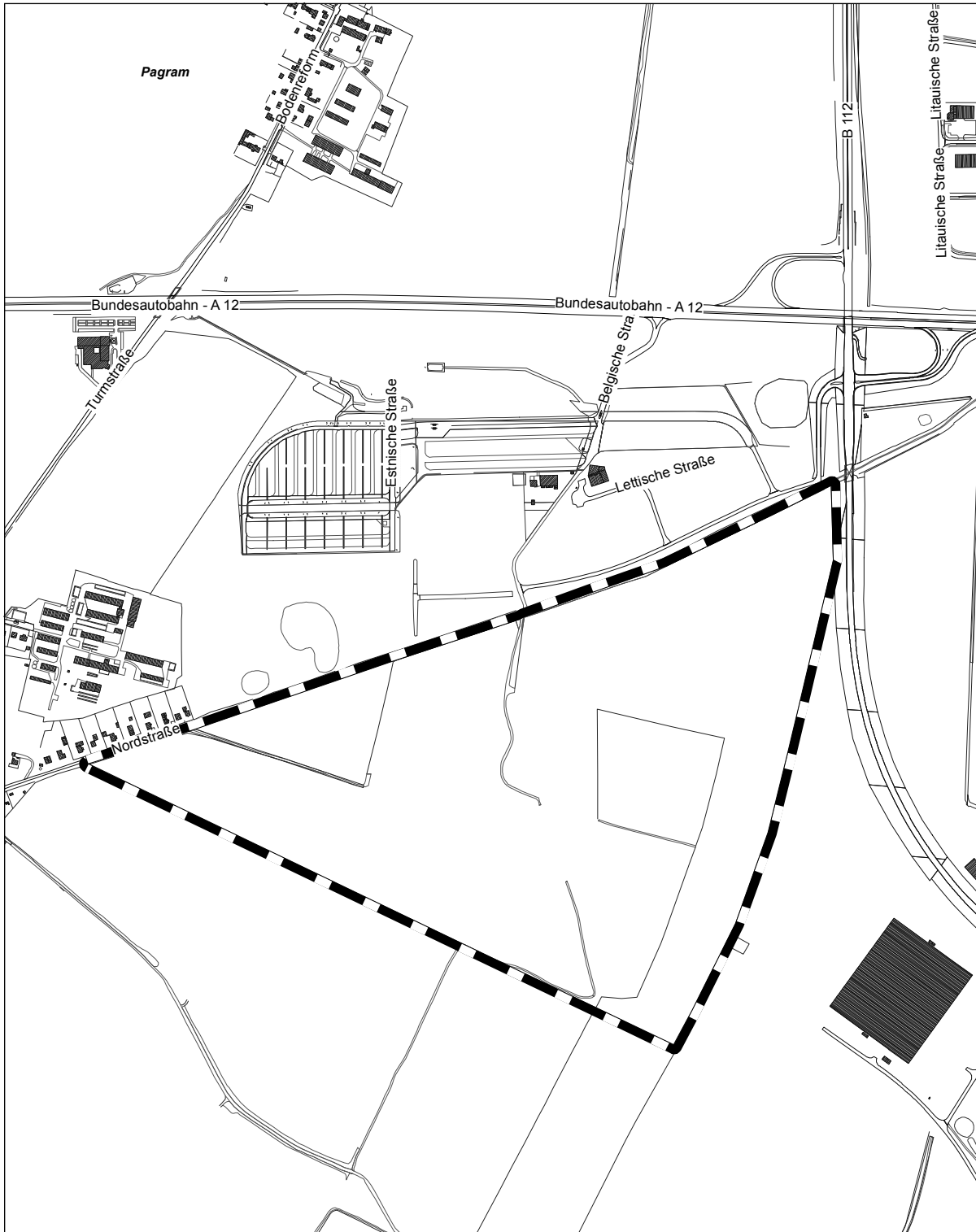
- die Unterhaltungspflichtige
  - die Eigentümer und Anlieger
  - die Nutzungsberechtigte
  - das Landesumweltamt
  - das Amt für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungswesen
  - die Fischereiausübungsberechtigten
  - die untere Fischereibehörde
  - die untere Naturschutzbehörde
- und bei schiffbaren Gewässern die zuständigen Verkehrsbehörde eingeladen, um Gelegenheit zur Teilnahme und Äußerungen zu geben.

Geschaut wird am:

**Montag, den 20.04.2009**

Schaubeginn: 8.00 Uhr OT Booßen, Treffpunkt: Peterhof am Bushaltestelle  
 ca. 10.00 Uhr OT Kliestow, Treffpunkt: Kliestower See, Am See - Pegel

Übersichtskarte zur Abgrenzung des Plangebiets (zu Seite 30)



Stadtverwaltung Frankfurt (Oder)

Dezernat II

Übersichtsplan  
BP-18-002 "Industriegebiet an der A 12"



Maßstab 1 : 10.000

Stand: 25.09.2008

Datengrundlage: Liegenschaftskarte (und Stadtkarte) vom Kataster- und Vermessungsamt Frankfurt (Oder)

Einzugsgebiet: - Booßener Mühlgraben  
 ~ Zubringer Peterhof  
 ~ Zubringer Mühlgraben  
 - Ragoser Talfließ  
 ~ Rohrpfuhr, Parkteich  
 ~ Graben am Wendischen Weg  
 - Lebuser Vorstadtgraben

Schaubeginn: 13.00 Uhr OT Rosengarten  
 Treffpunkt: Teich am Lindenplatz  
 Einzugsgebiet: - Rosengartner Zubringer  
 Treffpunkt: Teich am Siedlerplatz  
 ~ Lillihofgraben, Wiesenstich

ca. 14.30 Uhr  
 Treffpunkt: am RRB, am Teich am Pagramgraben  
 - Graben an der Pagram Straße,

**Dienstag, den 21.04.2009**

Schaubeginn: 8.00 Uhr  
 Treffpunkt: am Durchlass Berliner Straße Klingeflöß  
 Einzugsgebiet: - Klingeflöß  
 ~ Zubringer Platanenweg,  
 ~ Zubringer Gronenfelde  
 ~ Zubringer Seefichten, Teich Birnbäumsmühle,

Schaubeginn: 13.00 Uhr  
 Treffpunkt: am RRB Nuhnenfließ am Messering  
 Einzugsgebiet: - Nuhnenfließ  
 ~ Graben am Botanischen Graben  
 ~ weitere Oberflächengewässer im Stadtgebiet  
 Schwänchenteich, Lok-Bad, Westkreuzteich,  
 ~ Lenneflöß,

**Mittwoch, den 22.04.2009**

Schaubeginn: 8.00 Uhr  
 Treffpunkt: OT Lichtenberg am Großen Dorfteich  
 ca. 9.30 Uhr  
 Treffpunkt: OT Hohenwalde am Dorfteich (west)  
 ca. 10.30 Uhr  
 Treffpunkt: OT Markendorf am Dorfteich  
 Einzugsgebiet: - Hohenwalder Graben, Höllen  
 - Lichtenberger Graben, Zulaufgraben Markendorf  
 - Markendorfer Graben/ Gerinne, Kanonenteich,

Schaubeginn: 13.00 Uhr  
 Treffpunkt: OT Lossow am Dorfteich Lindenstraße  
 ca. 14.00 Uhr  
 Treffpunkt: OT Güldendorf am Güldendorfer See, an der  
 Feuerwehr  
 Einzugsgebiet: - Kantorgraben, Fließ an der Viehdrift  
 - Güldendorfer Mühlenfließ,  
 - Hospitalmühlenfließ, Bardaune

**Donnerstag, den 23.04.2009**

Schaubeginn: 8.00 Uhr  
 Treffpunkt: Hochwasserlagerplatz am Deich nördliche Oder-  
 wiesen nördlich vom Winterhafen

Hochwasser-  
 schutzanlagen: Deiche, Schöpfwerke, Wehranlagen, Rückstau-  
 sicherungen  
 - Überschwemmungsgefährdete Bereiche, Hoch-  
 wassersicherungen im Stadtgebiet,  
 ~ Schöpfwerke Klingeflöß und am Küstersee

Anregungen und Hinweise zur Durchführung der Gewässer- und  
 Deichschau sind zu richten an:

Stadtverwaltung Frankfurt (Oder)  
 Amt für Umweltschutz, Landwirtschaft u. Forsten  
 - untere Wasserbehörde -  
 Goepelstr. 38  
 Tel.-Nr.: Sekretariat 0335/ 552 3900

Tel.-Nr.: Herr Paech 0335/ 552 3910  
 E-Mail: Axel.Paech@frankfurt-oder.de

Frankfurt (Oder), den 02.02.2009

Martin Patzelt  
 Oberbürgermeister

**Vorgesehene Planungsleistungen  
 (auf der Grundlage der HOAI) der Stadt Frankfurt (Oder)  
 für Maßnahmen im Haushaltsjahr 2009**

**Maßnahmen:**

**Bereich 1 – Amt 61 - Bauamt:**

- 1 Fortschreibung Räumliches Strukturkonzept Frankfurt (Oder)/  
 Slubice (Stadtentwicklungskonzept)
- 2 Verkehrs- und Immissionsschutzkonzept Frankfurt (Oder)/Slubice
- 3 Fachberatung zur Optimierung der technischen Infrastruktur  
 (Ver- und Entsorgung aller Medien, öffentliche Verkehrsflächen  
 inkl. Straßenbeleuchtung und Regenwasserableitung) im Rah-  
 men des Stadtumbauprozesses der Stadt Frankfurt (Oder)
- 4 Städtebauliche Planungen und Gutachten in Gebieten des  
 besonderen Städtebaurechts (Sanierungs-, Entwicklungs- und  
 Stadtumbauegebiete, „Soziale Stadt“)
- 5 Fachbeiträge zu Bebauungsplänen und zum Flächennutzungs-  
 plan
- 6 Informelle Planungen

**Bereich 2 - Amt 66 - Amt für Tief-, Straßenbau und Grünflächen:**

- 1 Schulhofgestaltung Bergstraße
- 2 Freiflächenplanung zw. Bergstraße und Warschauer Str.
- 3 Schulhofgestaltung Leonowstraße
- 4 Neugestaltung Stadtplatz Süd
- 5 Wegeverbindung zw. Kleist- und Lennépark
- 6 sonstige Ausführungsplanungen Freiflächen
- 7 Baugrundgutachten
- 8 Ersterfassung und Regelkontrolle Bäume nach FLL-Richtlinie
- 9 Baumgutachten
- 10 Archäologische Grabungen und Dokumentationen

Alle Angaben sind unverbindlich und erfolgen vorbehaltlich der Si-  
 cherung der Finanzierung und der Rechtskräftigkeit des Haushalts-  
 planes.

Ein Rechtsanspruch der Bewerber auf Vergabe eines Planungsauf-  
 trages besteht nicht.

**Bewerbungen:**

Die Bewerbungen müssen fachliche Eignungsnachweise enthalten  
 wie z. B.

- Referenzen unter Angabe der Honorarsummen, der Leistungs-  
 zeit, des Auftraggebers;
- Anzahl und Qualifikation der Mitarbeiter;
- technische Ausstattung.

Die Bewerbungen sind entsprechend der o. g. Bereiche an folgende  
 Ämter der Stadt Frankfurt (Oder) einzureichen:

- für den **Bereich 1 – Stadt Frankfurt (Oder), Amt 61 - Bauamt**
- für den **Bereich 2 – Stadt Frankfurt (Oder), Amt 66 - Amt für  
 Tief-, Straßenbau und Grünflächen;**

Postadresse: PSF 1363  
 15203 Frankfurt(Oder)  
 Hausadresse: Goepelstraße 38  
 15234 Frankfurt(Oder)

**Ende der Einsendefrist** für die Bewerbungen: **18.März 2008.**

Amt für Wirtschaftsförderung und Investitionen

**Öffentliche Bekanntmachung über Gewerbeabmeldungen von Amts wegen gemäß § 14 Abs. 1 Satz 2 Ziffer 3 Gewerbeordnung**

Im Jahr 2008 (vom 01.01.2008 bis 31.12.2008) wurden bisher Gewerbeabmeldungen nachfolgend aufgeführter natürlicher und juristischer Personen von Amts wegen vorgenommen:

**1. Natürliche Personen**

Müller, Mario  
 Förster, Werner  
 Kopanka, Siegward-Raul  
 Gens, Alexander  
 Lippmann, Siegfried  
 Stolzenburg, Jens  
 Krieger, Andrea  
 Thaten, Herbert  
 Littke, René  
 Krause, Mario  
 Kaschube, Gottlieb  
 Podlawski, Markus  
 Karakas, Muhsin  
 Strobin, Dariusz  
 Florczak, Sylwester  
 Szymczak, Wieslaw  
 Punka, Modris  
 Rohr, Siegfried

**2. Juristische Personen**

Frankfurter Restaurierung Holz- und Bautenschutz GmbH  
 Gaststätten- und Automatenbetrieb AU-WOR GmbH  
 Claus W. Krawinkel GmbH  
 Krawinkel Vermittlungs- und Verwaltungs GmbH  
 Pro Oderland Medienwerbung GmbH  
 NT plus AG

Martin Patzelt  
 Oberbürgermeister

**1. Öffentliche Sitzung der Regionalversammlung in der 5. Amtszeit der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree (RPG OLS)**

**Bekanntmachung**

**der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree vom 04.03.2009**

Die 1. Öffentliche Sitzung der Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree findet am 09.03.2009, 14:00 - 17:00 Uhr in Frankfurt (Oder), Rathaus, Marktplatz 1, 2. Etage, Stadtverordnetenversammlungssaal, statt.

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung der Regionalversammlung
2. Feststellung der Protokollführung
3. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit
4. Bestätigung der Tagesordnung
5. Genehmigung Protokoll 10. Sitzung Regionalversammlung vom 10.11.2008
6. Bericht des Vorsitzenden zur 4. Amtszeit einschließlich Arbeitsbericht 2008
  - 6.1 Aussprache
  - 6.2 Entlastung des Vorsitzenden
7. Konstituierung der Regionalversammlung für ihre 5. Amtszeit
  - 7.1 Wahl des Regionalvorstandes, des Vorsitzenden und dessen Stellvertreter der Regionalen Planungsgemeinschaft
  - 7.2 Wahl der Vertreter für die Regionale Planungskonferenz
8. Festlegungen zur Bildung und Zusammensetzung von Ausschüssen
9. Terminplan 2009
10. Rahmenseetzungen für die Arbeit der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree in ihrer 5. Amtszeit aus Sicht der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg
11. Arbeitsprogramm 2009 der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree
12. Sonstiges
13. Schließung der Sitzung

Manfred Zalenga  
 Vorsitzender

**Bekanntmachung****über die Offenlegung der Ergebnisse der Bodenschätzung  
(Nachschätzung gemäß § 11 des Bodenschätzungsgesetzes)**

Die Ergebnisse der Nachschätzung der Gemeinde

Frankfurt (Oder) Flur 138

werden in der Zeit vom 06.03.2009 bis 06.04.2009 in den Diensträumen des Finanzamts Frankfurt(Oder) während der Sprechstunden von 8.00 Uhr bis 15.00 Uhr (Dienstags von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr und Freitags von 7.30 Uhr bis 12.00 Uhr) offengelegt.

Offengelegt werden die Schätzungsurkarten und die Schätzungsbücher für Ackerland und für Grünland, in denen die Ergebnisse der Nachschätzung niedergelegt sind. Die offengelegten Ergebnisse der Nachschätzung werden den Eigentümern und Nutzungsberechtigten der Grundstücke nicht besonders bekanntgegeben.

**Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen die Ergebnisse der Nachschätzung können die Eigentümer der betreffenden Grundstücke (Flächen) Einspruch einlegen.

Der Einspruch ist bei dem vorbezeichneten Finanzamt schriftlich einzureichen oder zur Niederschrift zu erklären.

Die Frist zur Einlegung des Einspruchs beträgt einen Monat. Sie beginnt mit dem Ablauf des Tages, bis zu dem die Ergebnisse offengelegt sind. Der letzte Tag zur Einlegung des Einspruchs ist demnach der: **07.05.2009**.

Bei der Einlegung des Einspruchs soll die Entscheidung bezeichnet werden, gegen die sich der Einspruch richtet. Es soll angegeben werden, inwieweit die Entscheidung angefochten und ihre Aufhebung beantragt wird. Ferner sollen die Tatsachen, die zur Begründung dienen, und die Beweismittel angeführt werden.

Mit dem Ablauf der Frist für die Einlegung des Einspruchs werden die offengelegten Schätzungsergebnisse unanfechtbar, soweit nicht Einspruch eingelegt ist.

Frankfurt (Oder), den 21.01.2009

Läsker  
Vorsteher des Finanzamtes Frankfurt (Oder)

**Bekanntmachung****des Gutachterausschusses für Grundstückswerte**

Der Gutachterausschuss für Grundstückswerte in der Stadt Frankfurt (Oder) gibt bekannt:

Die Bodenrichtwertkarte mit Stand 01. Januar 2009 ist erschienen und wird ab 09.03.2009 bis einschließlich 10.04.2009 in der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses,

Sitz: Kataster- und Vermessungsamt  
Goepelstraße 38  
15234 Frankfurt (Oder)

innerhalb der Sprechzeiten öffentlich ausgelegt.

allgemeine Sprechzeiten:

Dienstag 9 00 - 12 00 Uhr und 13 00 - 18 00 Uhr  
Donnerstag 9 00 - 12 00 Uhr und 13 00 - 16 00 Uhr

sowie nach Vereinbarung

Jeder Bürger hat das Recht, auch außerhalb dieser Zeit von der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses Auskunft über die Bodenrichtwerte zu verlangen.

Die Bodenrichtwertkarte kann ab sofort und der Grundstücksmarktbericht nach seiner Fertigstellung im Mai in der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses käuflich erworben werden.

Prüfer  
Vorsitzender des Gutachterausschusses



**Öffentliche Bekanntmachung**

**des Antrages der Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung für Trinkwasser- und Abwasserleitungen einzelner Flurstücke in der Stadt Frankfurt (Oder) in der Flur 138 und 88**

Auf der Grundlage des § 9 des Grundbuchbereinigungsgesetzes (GBBerG) vom 20.12.1993 (BGBl. I S. 2182), zuletzt geändert durch Artikel 93 der Verordnung vom 31.10.2006 (BGBl. I S. 2407), in Verbindung mit § 6 der Verordnung zur Durchführung des Grundbuchbereinigungsgesetzes und anderer Vorschriften auf dem Gebiet des Sachenrechts (Sachenrechtsdurchführungsverordnung – SachenR-DV) vom 20.12.1994 (BGBl. I S. 3900) hat die Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH bei der Stadt Frankfurt (Oder), Amt für Umweltschutz, Landwirtschaft und Forsten – untere Wasserbehörde -, die Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung beantragt.

Durch die untere Wasserbehörde ist gemäß § 3 SachenR-DV das Bestehen einer durch das GBBerG begründeten, beschränkten persönlichen Dienstbarkeit mit dem gemäß § 4 SachenR-DV zutreffenden Inhalt entsprechend dem hier nachfolgend näher bezeichneten Antrag zu prüfen und zu bescheinigen.

Antragsteller: Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH  
Buschmühlenweg 171  
15230 Frankfurt (Oder)

Wasserwirtschaftliche Anlage: Trinkwasser- und Abwasserleitungen einzelner Flurstücke in der Stadt Frankfurt (Oder) in der Flur 138 und 88

Betroffene Grundstücke bzw. Flurstücke:

Gemarkung	Flur	Flurstück
Frankfurt (Oder)	138	478
Frankfurt (Oder)	138	651
Frankfurt (Oder)	138	652
Frankfurt (Oder)	88	89
Frankfurt (Oder)	88	113
Frankfurt (Oder)	88	4/1
Frankfurt (Oder)	88	3/2

Der Antrag und die Antragsunterlagen können 4 Wochen vom Tag der Bekanntmachung, vom 04.03.2009 bis 01.04.2009, bei der Stadt Frankfurt (Oder), Amt für Umweltschutz, Landwirtschaft und Forsten – untere Wasserbehörde – Goepelstr. 38, Haus 4, Zimmer 0.04 in 15234 Frankfurt (Oder) während der Sprechzeiten eingesehen werden.

Widersprüche betroffener Grundstückseigentümer sind innerhalb von 4 Wochen vom Tag der Bekanntmachung an beim Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder), schriftlich unter PSF 1363, 15203 Frankfurt (Oder), oder zur Niederschrift (Sitz: 15230 Frankfurt (Oder), Marktplatz 1) zweckmäßigerweise bei der unteren Wasserbehörde im Amt für Umweltschutz, Landwirtschaft und Forsten, Sitz: 15234 Frankfurt (Oder) Goepelstr. 38 Haus 4, einzulegen.

Bei schriftlicher Widerspruchseinlegung bleibt die Frist nur gewahrt, wenn der Widerspruch innerhalb der Frist bei der unteren Wasserbehörde eingeht.

Frankfurt (Oder), den 16.02.2009

Patzelt  
Oberbürgermeister

**Öffentliche Bekanntmachung**

**des Antrages der Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung für Trinkwasserleitungen DN 600 GG in der Stadt Frankfurt (Oder) in der Flur 152**

Auf der Grundlage des § 9 des Grundbuchbereinigungsgesetzes (GBBerG) vom 20.12.1993 (BGBl. I S. 2182), zuletzt geändert durch Artikel 93 der Verordnung vom 31.10.2006 (BGBl. I S. 2407), in Verbindung mit § 6 der Verordnung zur Durchführung des Grundbuchbereinigungsgesetzes und anderer Vorschriften auf dem Gebiet des Sachenrechts (Sachenrechtsdurchführungsverordnung – SachenR-DV) vom 20.12.1994 (BGBl. I S. 3900) hat die Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH bei der Stadt Frankfurt (Oder), Amt für Umweltschutz, Landwirtschaft und Forsten – untere Wasserbehörde -, die Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung beantragt.

Durch die untere Wasserbehörde ist gemäß § 3 SachenR-DV das Bestehen einer durch das GBBerG begründeten, beschränkten persönlichen Dienstbarkeit mit dem gemäß § 4 SachenR-DV zutreffenden Inhalt entsprechend dem hier nachfolgend näher bezeichneten Antrag zu prüfen und zu bescheinigen.

Antragsteller: Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH  
Buschmühlenweg 171  
15230 Frankfurt (Oder)

Wasserwirtschaftliche Anlage: Trinkwasserleitungen DN 600 GG in der Stadt Frankfurt (Oder) Flur 152

Betroffene Grundstücke bzw. Flurstücke:

Gemarkung	Flur	Flurstück
Frankfurt (Oder)	152	32
Frankfurt (Oder)	152	33
Frankfurt (Oder)	152	37
Frankfurt (Oder)	152	36
Frankfurt (Oder)	152	237
Frankfurt (Oder)	152	265

Der Antrag und die Antragsunterlagen können 4 Wochen vom Tag der Bekanntmachung, vom 04.03.2009 bis 01.04.2009, bei der Stadt Frankfurt (Oder), Amt für Umweltschutz, Landwirtschaft und Forsten – untere Wasserbehörde – Goepelstr. 38, Haus 4, Zimmer 0.04 in 15234 Frankfurt (Oder) während der Sprechzeiten eingesehen werden.

Widersprüche betroffener Grundstückseigentümer sind innerhalb von 4 Wochen vom Tag der Bekanntmachung an beim Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder), schriftlich unter PSF 1363, 15203 Frankfurt (Oder), oder zur Niederschrift (Sitz: 15230 Frankfurt (Oder), Marktplatz 1) zweckmäßigerweise bei der unteren Wasserbehörde im Amt für Umweltschutz, Landwirtschaft und Forsten, Sitz: 15234 Frankfurt (Oder) Goepelstr. 38 Haus 4, einzulegen.

Bei schriftlicher Widerspruchseinlegung bleibt die Frist nur gewahrt, wenn der Widerspruch innerhalb der Frist bei der unteren Wasserbehörde eingeht.

Frankfurt (Oder), den 16.02.2009

Patzelt  
Oberbürgermeister

**Öffentliche Bekanntmachung**

**des Antrages der Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung für Trinkwasser- und Abwasserleitungen in der Stadt Frankfurt (Oder), Flur 133 ohne ehemaliges HFO/Lindower Weg**

Auf der Grundlage des § 9 des Grundbuchbereinigungsgesetzes (GB-BerG) vom 20.12.1993 (BGBl. I S. 2182), zuletzt geändert durch Artikel 93 der Verordnung vom 31.10.2006 (BGBl. I S. 2407), in Verbindung mit § 6 der Verordnung zur Durchführung des Grundbuchbereinigungsgesetzes und anderer Vorschriften auf dem Gebiet des Sachenrechts (Sachenrechtsdurchführungsverordnung – SachenR-DV) vom 20.12.1994 (BGBl. I S. 3900) hat die Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH bei der Stadt Frankfurt (Oder), Amt für Umweltschutz, Landwirtschaft und Forsten – untere Wasserbehörde -, die Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung beantragt.

Durch die untere Wasserbehörde ist gemäß § 3 SachenR-DV das Bestehen einer durch das GB-BerG begründeten, beschränkten persönlichen Dienstbarkeit mit dem gemäß § 4 SachenR-DV zutreffenden Inhalt entsprechend dem hier nachfolgend näher bezeichneten Antrag zu prüfen und zu bescheinigen.

Antragsteller: Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH  
Buschmühlenweg 171  
15230 Frankfurt (Oder)

Wasserwirtschaftliche Anlage: Trinkwasser- und Abwasserleitungen in der Stadt Frankfurt (Oder), Flur 133 ohne ehemaliges HFO/Lindower Weg

Betroffene Grundstücke bzw. Flurstücke:

Gemarkung	Flur	Flurstück
Frankfurt (Oder)	133	203/5
Frankfurt (Oder)	133	781
Frankfurt (Oder)	133	782
Frankfurt (Oder)	133	182/10
Frankfurt (Oder)	133	182/11
Frankfurt (Oder)	133	230/12
Frankfurt (Oder)	133	182/7
Frankfurt (Oder)	133	1112
Frankfurt (Oder)	133	1091
Frankfurt (Oder)	133	936
Frankfurt (Oder)	133	143/3
Frankfurt (Oder)	133	178
Frankfurt (Oder)	133	723
Frankfurt (Oder)	133	1618
Frankfurt (Oder)	133	1201
Frankfurt (Oder)	133	1192
Frankfurt (Oder)	133	225/7
Frankfurt (Oder)	133	935
Frankfurt (Oder)	133	932
Frankfurt (Oder)	133	205/9
Frankfurt (Oder)	133	1529
Frankfurt (Oder)	133	890
Frankfurt (Oder)	133	1400
Frankfurt (Oder)	133	208/17
Frankfurt (Oder)	133	901
Frankfurt (Oder)	133	900
Frankfurt (Oder)	133	763
Frankfurt (Oder)	133	939
Frankfurt (Oder)	133	234/22
Frankfurt (Oder)	133	647
Frankfurt (Oder)	133	648
Frankfurt (Oder)	133	650
Frankfurt (Oder)	133	657
Frankfurt (Oder)	133	205/10
Frankfurt (Oder)	133	1348
Frankfurt (Oder)	133	1202

Gemarkung	Flur	Flurstück
Frankfurt (Oder)	133	1491
Frankfurt (Oder)	133	206/9
Frankfurt (Oder)	133	907
Frankfurt (Oder)	133	1111
Frankfurt (Oder)	133	1408
Frankfurt (Oder)	133	1191
Frankfurt (Oder)	133	225/26
Frankfurt (Oder)	133	655
Frankfurt (Oder)	133	1190
Frankfurt (Oder)	133	234/21
Frankfurt (Oder)	133	1189
Frankfurt (Oder)	133	878
Frankfurt (Oder)	133	876
Frankfurt (Oder)	133	877
Frankfurt (Oder)	133	1490
Frankfurt (Oder)	133	875
Frankfurt (Oder)	133	1613
Frankfurt (Oder)	133	1612

Der Antrag und die Antragsunterlagen können 4 Wochen vom Tag der Bekanntmachung, vom 04.03.2009 bis 01.04.2009, bei der Stadt Frankfurt (Oder), Amt für Umweltschutz, Landwirtschaft und Forsten – untere Wasserbehörde – Goepelstr. 38, Haus 4, Zimmer 0.04 in 15234 Frankfurt (Oder) während der Sprechzeiten eingesehen werden.

Widersprüche betroffener Grundstückseigentümer sind innerhalb von 4 Wochen vom Tag der Bekanntmachung an beim Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder), schriftlich unter PSF 1363, 15203 Frankfurt (Oder), oder zur Niederschrift (Sitz: 15230 Frankfurt (Oder), Marktplatz 1) zweckmäßigerweise bei der untere Wasserbehörde im Amt für Umweltschutz, Landwirtschaft und Forsten, Sitz: 15234 Frankfurt (Oder) Goepelstr. 38 Haus 4, einzulegen.

Bei schriftlicher Widerspruchseinlegung bleibt die Frist nur gewahrt, wenn der Widerspruch innerhalb der Frist bei der unteren Wasserbehörde eingeht.

Frankfurt (Oder), den 16.02.2009

Patzelt  
Oberbürgermeister

**Öffentliche Bekanntmachung**

**des Antrages der Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung für Trinkwasser- und Abwasserleitungen sowie Steuerkabel in der Stadt Frankfurt (Oder) in der Flur 133 am Standort des ehemaligen HFO und Lindower Weg**

Auf der Grundlage des § 9 des Grundbuchbereinigungsgesetzes (GBBerG) vom 20.12.1993 (BGBl. I S. 2182), zuletzt geändert durch Artikel 93 der Verordnung vom 31.10.2006 (BGBl. I S. 2407), in Verbindung mit § 6 der Verordnung zur Durchführung des Grundbuchbereinigungsgesetzes und anderer Vorschriften auf dem Gebiet des Sachenrechts (Sachenrechtsdurchführungsverordnung – SachenR-DV) vom 20.12.1994 (BGBl. I S. 3900) hat die Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH bei der Stadt Frankfurt (Oder), Amt für Umweltschutz, Landwirtschaft und Forsten – untere Wasserbehörde -, die Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung beantragt.

Durch die untere Wasserbehörde ist gemäß § 3 SachenR-DV das Bestehen einer durch das GBBerG begründeten, beschränkten persönlichen Dienstbarkeit mit dem gemäß § 4 SachenR-DV zutreffenden Inhalt entsprechend dem hier nachfolgend näher bezeichneten Antrag zu prüfen und zu bescheinigen.

Antragsteller: Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH  
 Buschmühlenweg 171  
 15230 Frankfurt (Oder)

Wasserwirtschaftliche Anlage: Trinkwasser- und Abwasserleitungen sowie Steuerkabel in der Stadt Frankfurt (Oder) in der Flur 133 am Standort des ehemaligen HFO und Lindower Weg

Betroffene Grundstücke bzw. Flurstücke:

Gemarkung	Flur	Flurstück
Frankfurt (Oder)	133	301
Frankfurt (Oder)	133	318/2
Frankfurt (Oder)	133	1624
Frankfurt (Oder)	133	1294
Frankfurt (Oder)	133	457
Frankfurt (Oder)	133	455
Frankfurt (Oder)	133	708
Frankfurt (Oder)	133	1300
Frankfurt (Oder)	133	711
Frankfurt (Oder)	133	767
Frankfurt (Oder)	133	768
Frankfurt (Oder)	133	1563
Frankfurt (Oder)	133	1301
Frankfurt (Oder)	133	1329
Frankfurt (Oder)	133	1429
Frankfurt (Oder)	133	302
Frankfurt (Oder)	133	1603
Frankfurt (Oder)	133	1573

Der Antrag und die Antragsunterlagen können 4 Wochen vom Tag der Bekanntmachung, vom 04.03.2009 bis 01.04.2009, bei der Stadt Frankfurt (Oder), Amt für Umweltschutz, Landwirtschaft und Forsten – untere Wasserbehörde – Goepelstr. 38, Haus 4, Zimmer 0.04 in 15234 Frankfurt (Oder) während der Sprechzeiten eingesehen werden.

Widersprüche betroffener Grundstückseigentümer sind innerhalb von 4 Wochen vom Tag der Bekanntmachung an beim Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder), schriftlich unter PSF 1363, 15203 Frankfurt (Oder), oder zur Niederschrift (Sitz: 15230 Frankfurt (Oder), Marktplatz 1) zweckmäßigerweise bei der untere Wasserbehörde im Amt für Umweltschutz, Landwirtschaft und Forsten, Sitz: 15234 Frankfurt (Oder) Goepelstr. 38 Haus 4, einzulegen.

Bei schriftlicher Widerspruchseinlegung bleibt die Frist nur gewahrt, wenn der Widerspruch innerhalb der Frist bei der unteren Wasserbehörde eingeht.

Frankfurt (Oder), den 16.02.2009  
 Patzelt  
 Oberbürgermeister

**Öffentliche Bekanntmachung**

**des Antrages der Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung für Trinkwasser- und Abwasserleitungen sowie E-/Steuerkabel in der Stadt Frankfurt (Oder) in der Flur 99, 100 und 102**

Auf der Grundlage des § 9 des Grundbuchbereinigungsgesetzes (GBBerG) vom 20.12.1993 (BGBl. I S. 2182), zuletzt geändert durch Artikel 93 der Verordnung vom 31.10.2006 (BGBl. I S. 2407), in Verbindung mit § 6 der Verordnung zur Durchführung des Grundbuchbereinigungsgesetzes und anderer Vorschriften auf dem Gebiet des Sachenrechts (Sachenrechtsdurchführungsverordnung – SachenR-DV) vom 20.12.1994 (BGBl. I S. 3900) hat die Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH bei der Stadt Frankfurt (Oder), Amt für Umweltschutz, Landwirtschaft und Forsten – untere Wasserbehörde -, die Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung beantragt.

Durch die untere Wasserbehörde ist gemäß § 3 SachenR-DV das Bestehen einer durch das GBBerG begründeten, beschränkten persönlichen Dienstbarkeit mit dem gemäß § 4 SachenR-DV zutreffenden Inhalt entsprechend dem hier nachfolgend näher bezeichneten Antrag zu prüfen und zu bescheinigen.

Antragsteller: Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH  
 Buschmühlenweg 171  
 15230 Frankfurt (Oder)

Wasserwirtschaftliche Anlage: Trinkwasser- und Abwasserleitungen sowie E-/Steuerkabel in der Stadt Frankfurt (Oder) in der Flur 99, 100 und 102

Betroffene Grundstücke bzw. Flurstücke:

Gemarkung	Flur	Flurstück
Frankfurt (Oder)	99	205
Frankfurt (Oder)	99	26/1
Frankfurt (Oder)	100	11
Frankfurt (Oder)	100	14
Frankfurt (Oder)	100	15
Frankfurt (Oder)	100	16
Frankfurt (Oder)	99	436
Frankfurt (Oder)	99	110
Frankfurt (Oder)	99	111
Frankfurt (Oder)	99	26/3
Frankfurt (Oder)	99	191
Frankfurt (Oder)	99	155
Frankfurt (Oder)	99	180
Frankfurt (Oder)	99	188
Frankfurt (Oder)	99	195
Frankfurt (Oder)	99	496
Frankfurt (Oder)	99	645
Frankfurt (Oder)	99	165
Frankfurt (Oder)	99	204
Frankfurt (Oder)	99	121
Frankfurt (Oder)	99	127
Frankfurt (Oder)	99	128
Frankfurt (Oder)	99	130
Frankfurt (Oder)	99	675
Frankfurt (Oder)	99	140
Frankfurt (Oder)	99	141
Frankfurt (Oder)	99	142
Frankfurt (Oder)	99	144
Frankfurt (Oder)	99	145
Frankfurt (Oder)	99	146
Frankfurt (Oder)	99	154
Frankfurt (Oder)	99	167
Frankfurt (Oder)	99	168
Frankfurt (Oder)	99	173
Frankfurt (Oder)	99	451
Frankfurt (Oder)	99	179

Gemarkung	Flur	Flurstück
Frankfurt (Oder)	99	499
Frankfurt (Oder)	99	500
Frankfurt (Oder)	99	498
Frankfurt (Oder)	99	123
Frankfurt (Oder)	99	124
Frankfurt (Oder)	99	125
Frankfurt (Oder)	99	475
Frankfurt (Oder)	99	476
Frankfurt (Oder)	99	134
Frankfurt (Oder)	99	143
Frankfurt (Oder)	99	147
Frankfurt (Oder)	99	148
Frankfurt (Oder)	99	182
Frankfurt (Oder)	99	193
Frankfurt (Oder)	99	494
Frankfurt (Oder)	99	237
Frankfurt (Oder)	99	238
Frankfurt (Oder)	99	217
Frankfurt (Oder)	99	219
Frankfurt (Oder)	99	224
Frankfurt (Oder)	99	225
Frankfurt (Oder)	99	158
Frankfurt (Oder)	99	232
Frankfurt (Oder)	99	1
Frankfurt (Oder)	99	495
Frankfurt (Oder)	99	672
Frankfurt (Oder)	99	673
Frankfurt (Oder)	99	199
Frankfurt (Oder)	99	660

Der Antrag und die Antragsunterlagen können 4 Wochen vom Tag der Bekanntmachung, vom 04.03.2009 bis 01.04.2009, bei der Stadt Frankfurt (Oder), Amt für Umweltschutz, Landwirtschaft und Forsten – untere Wasserbehörde – Goepelstr. 38, Haus 4, Zimmer 0.04 in 15234 Frankfurt (Oder) während der Sprechzeiten eingesehen werden.

Widersprüche betroffener Grundstückseigentümer sind innerhalb von 4 Wochen vom Tag der Bekanntmachung an beim Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder), schriftlich unter PSF 1363, 15203 Frankfurt (Oder), oder zur Niederschrift (Sitz: 15230 Frankfurt (Oder), Marktplatz 1) zweckmäßigerweise bei der untere Wasserbehörde im Amt für Umweltschutz, Landwirtschaft und Forsten, Sitz: 15234 Frankfurt (Oder) Goepelstr. 38 Haus 4, einzulegen.

Bei schriftlicher Widerspruchseinlegung bleibt die Frist nur gewahrt, wenn der Widerspruch innerhalb der Frist bei der unteren Wasserbehörde eingeht.

Frankfurt (Oder), den 16.02.2009

Patzelt  
Oberbürgermeister

**Bekanntmachung über eine Fortführung des Liegenschaftskatasters der Fluren 12, 15, 16, 18, 21, 24, 29, 116, 117, 118, 139, 140, 141, 144, 150**

Es erfolgte die Eintragung der Lagebeschreibung und Klassifizierung für Straßenflächen – hier Bundesstraße B5 - auf nachfolgenden Flurstücken der Gemeinde Frankfurt (Oder) in das Liegenschaftsbuch.

Gemarkung	Flur	Flurstück
Frankfurt (Oder)	12	68
Frankfurt (Oder)	12	181 - 183
Frankfurt (Oder)	15	8
Frankfurt (Oder)	15	24 - 26
Frankfurt (Oder)	15	39
Frankfurt (Oder)	15	41
Frankfurt (Oder)	15	43
Frankfurt (Oder)	16	17
Frankfurt (Oder)	16	20
Frankfurt (Oder)	16	45 - 48/1
Frankfurt (Oder)	16	49/1
Frankfurt (Oder)	16	50/1
Frankfurt (Oder)	16	59 - 61
Frankfurt (Oder)	16	65
Frankfurt (Oder)	16	66
Frankfurt (Oder)	16	68 - 72
Frankfurt (Oder)	16	78
Frankfurt (Oder)	16	80
Frankfurt (Oder)	18	2
Frankfurt (Oder)	18	6
Frankfurt (Oder)	18	7
Frankfurt (Oder)	18	58
Frankfurt (Oder)	18	60
Frankfurt (Oder)	21	51
Frankfurt (Oder)	24	45
Frankfurt (Oder)	29	156
Frankfurt (Oder)	29	161
Frankfurt (Oder)	29	165
Frankfurt (Oder)	29	168
Frankfurt (Oder)	116	142
Frankfurt (Oder)	116	775
Frankfurt (Oder)	116	777
Frankfurt (Oder)	116	779
Frankfurt (Oder)	116	782
Frankfurt (Oder)	117	223
Frankfurt (Oder)	118	582
Frankfurt (Oder)	118	594
Frankfurt (Oder)	118	622
Frankfurt (Oder)	118	624
Frankfurt (Oder)	118	626
Frankfurt (Oder)	118	632
Frankfurt (Oder)	118	634
Frankfurt (Oder)	118	636
Frankfurt (Oder)	139	1
Frankfurt (Oder)	139	3 - 5
Frankfurt (Oder)	140	107
Frankfurt (Oder)	140	108
Frankfurt (Oder)	141	292
Frankfurt (Oder)	141	293
Frankfurt (Oder)	144	8
Frankfurt (Oder)	144	15
Frankfurt (Oder)	144	46
Frankfurt (Oder)	144	47
Frankfurt (Oder)	144	182
Frankfurt (Oder)	144	184
Frankfurt (Oder)	144	186
Frankfurt (Oder)	144	188
Frankfurt (Oder)	144	190
Frankfurt (Oder)	150	1

Gemäß §12 Abs. 2 und 4 des Gesetzes über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster im Land Brandenburg (Vermessungs- und Liegenschaftsgesetz - VermLiegG vom November 1991 (GVBl. S.

516) in der zur Zeit gültigen Fassung in Verbindung mit § 1 der Verordnung zum Verfahren der Offenlegung des Liegenschaftskatasters (Offenlegungsverordnung) vom 17. Februar 1999 (GVBL Teil II Nr. 7 S. 130) wird die Fortführung des Liegenschaftskatasters durch Offenlegung bekanntgegeben.

Die Offenlegung erfolgt beim Kataster- und Vermessungsamt 15234 Frankfurt (Oder) Goepelstraße 38 in der Zeit vom 11.03.2009 bis 08.04.2009.

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen die Fortführung des Liegenschaftskatasters im automatisiert geführten Liegenschaftsbuch kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Kataster- und Vermessungsamt 15234 Frankfurt (Oder) Goepelstraße 38 einzulegen.

Frankfurt (Oder), den 04.03.2009

Prüfer  
Amtsleiter

**Bekanntmachung**

**über eine Fortführung des Liegenschaftskatasters der Fluren 20, 35, 62, 63, 69, 72, 78, 104, 105, 110, 112, 114, 133, 152**

Es erfolgte die Eintragung der Lagebeschreibung und Klassifizierung für Straßenflächen – hier Bundesstraße B87 - auf nachfolgenden Flurstücken der Gemeinde Frankfurt (Oder) in das Liegenschaftsbuch

Gemarkung	Flur	Flurstück
Frankfurt (Oder)	20	48
Frankfurt (Oder)	35	1
Frankfurt (Oder)	35	3
Frankfurt (Oder)	35	4
Frankfurt (Oder)	35	8
Frankfurt (Oder)	35	9
Frankfurt (Oder)	62	97
Frankfurt (Oder)	62	100/1
Frankfurt (Oder)	62	102/1
Frankfurt (Oder)	62	137
Frankfurt (Oder)	63	40
Frankfurt (Oder)	69	100
Frankfurt (Oder)	72	41
Frankfurt (Oder)	72	94
Frankfurt (Oder)	78	65/1
Frankfurt (Oder)	78	65/2
Frankfurt (Oder)	78	66
Frankfurt (Oder)	104	29
Frankfurt (Oder)	105	48
Frankfurt (Oder)	105	169
Frankfurt (Oder)	105	170
Frankfurt (Oder)	105	173
Frankfurt (Oder)	110	137
Frankfurt (Oder)	110	328
Frankfurt (Oder)	112	99
Frankfurt (Oder)	112	199
Frankfurt (Oder)	114	39
Frankfurt (Oder)	133	198/1
Frankfurt (Oder)	152	17
Frankfurt (Oder)	152	18
Frankfurt (Oder)	152	19
Frankfurt (Oder)	152	20
Frankfurt (Oder)	152	31
Frankfurt (Oder)	152	192
Frankfurt (Oder)	152	258

Gemäß §12 Abs. 2 und 4 des Gesetzes über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster im Land Brandenburg (Vermessungs- und Liegenschaftsgesetz - VermLiegG vom November 1991 (GVBL. S. 516) in der zur Zeit gültigen Fassung in Verbindung mit § 1 der Verordnung zum Verfahren der Offenlegung des Liegenschaftskatasters (Offenlegungsverordnung) vom 17. Februar 1999 (GVBL Teil II Nr. 7 S. 130) wird die Fortführung des Liegenschaftskatasters durch Offenlegung bekanntgegeben.

Die Offenlegung erfolgt beim Kataster- und Vermessungsamt 15234 Frankfurt (Oder) Goepelstraße 38 in der Zeit vom 11.03.2009 bis 08.04.2009.

**Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen die Fortführung des Liegenschaftskatasters durch die Aktualisierung der tatsächlichen Nutzung und den Angaben zur Bodenschätzung der Flurstücke im automatisiert geführten Liegenschaftsbuch kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Kataster- und Vermessungsamt 15234 Frankfurt (Oder) Goepelstraße 38 einzulegen.

Frankfurt (Oder), den 04.03.2009

Prüfer  
Amtsleiter

**Bekanntmachung**

**über eine Fortführung des Liegenschaftskatasters der Fluren 69, 102, 103, 105, 106, 107, 109, 110, 119, 120, 136**

Es erfolgte die Eintragung der Klassifizierung für Straßenflächen – hier Bundesautobahn - auf nachfolgenden Flurstücken der Gemeinde Frankfurt (Oder) in das Liegenschaftsbuch.

Gemarkung	Flur	Flurstück
Frankfurt (Oder)	69	94
Frankfurt (Oder)	69	96/1
Frankfurt (Oder)	69	105
Frankfurt (Oder)	69	106
Frankfurt (Oder)	69	109
Frankfurt (Oder)	69	162
Frankfurt (Oder)	69	181
Frankfurt (Oder)	69	182
Frankfurt (Oder)	102	13
Frankfurt (Oder)	102	18
Frankfurt (Oder)	102	24
Frankfurt (Oder)	102	45 – 50
Frankfurt (Oder)	102	77
Frankfurt (Oder)	102	80 – 82
Frankfurt (Oder)	102	84
Frankfurt (Oder)	103	17
Frankfurt (Oder)	103	309
Frankfurt (Oder)	103	357
Frankfurt (Oder)	103	359
Frankfurt (Oder)	103	366
Frankfurt (Oder)	105	140
Frankfurt (Oder)	105	171
Frankfurt (Oder)	106	61/4
Frankfurt (Oder)	106	61/6
Frankfurt (Oder)	106	72
Frankfurt (Oder)	106	142/6
Frankfurt (Oder)	106	142/7
Frankfurt (Oder)	106	144/2 – 144/6
Frankfurt (Oder)	106	159/4 – 159/10
Frankfurt (Oder)	106	180/1
Frankfurt (Oder)	106	180/5
Frankfurt (Oder)	106	268
Frankfurt (Oder)	106	274
Frankfurt (Oder)	106	277
Frankfurt (Oder)	106	343 – 345
Frankfurt (Oder)	106	364
Frankfurt (Oder)	106	366
Frankfurt (Oder)	106	368
Frankfurt (Oder)	107	41/4
Frankfurt (Oder)	107	119/3 – 119/5
Frankfurt (Oder)	107	127/3 – 127/6
Frankfurt (Oder)	107	130/3
Frankfurt (Oder)	107	130/4
Frankfurt (Oder)	107	149/1
Frankfurt (Oder)	107	151/7 – 151/9
Frankfurt (Oder)	107	169/1
Frankfurt (Oder)	107	172/1
Frankfurt (Oder)	107	173/1
Frankfurt (Oder)	107	174/5
Frankfurt (Oder)	107	195/5
Frankfurt (Oder)	107	323/3
Frankfurt (Oder)	107	323/7
Frankfurt (Oder)	107	323/8
Frankfurt (Oder)	107	325/1
Frankfurt (Oder)	107	325/4
Frankfurt (Oder)	107	325/5
Frankfurt (Oder)	107	325/7
Frankfurt (Oder)	107	325/8
Frankfurt (Oder)	107	350/23
Frankfurt (Oder)	107	350/24
Frankfurt (Oder)	107	350/26

Gemarkung	Flur	Flurstück
Frankfurt (Oder)	107	899
Frankfurt (Oder)	107	901
Frankfurt (Oder)	107	903
Frankfurt (Oder)	109	70/2
Frankfurt (Oder)	109	71/4
Frankfurt (Oder)	109	79/11
Frankfurt (Oder)	109	80/10
Frankfurt (Oder)	109	81/3
Frankfurt (Oder)	109	82/3
Frankfurt (Oder)	109	89/1
Frankfurt (Oder)	109	95/4 – 95/8
Frankfurt (Oder)	109	211/5
Frankfurt (Oder)	109	211/8
Frankfurt (Oder)	109	212/3 – 212/6
Frankfurt (Oder)	109	225
Frankfurt (Oder)	109	226
Frankfurt (Oder)	109	235 - 237
Frankfurt (Oder)	110	3/4
Frankfurt (Oder)	119	30
Frankfurt (Oder)	119	259
Frankfurt (Oder)	119	261
Frankfurt (Oder)	119	263
Frankfurt (Oder)	119	265
Frankfurt (Oder)	119	267
Frankfurt (Oder)	119	269
Frankfurt (Oder)	119	271
Frankfurt (Oder)	119	273
Frankfurt (Oder)	119	275
Frankfurt (Oder)	119	277
Frankfurt (Oder)	119	279
Frankfurt (Oder)	119	281
Frankfurt (Oder)	119	283
Frankfurt (Oder)	119	285
Frankfurt (Oder)	119	287
Frankfurt (Oder)	119	289
Frankfurt (Oder)	119	291
Frankfurt (Oder)	119	293
Frankfurt (Oder)	119	295
Frankfurt (Oder)	119	297
Frankfurt (Oder)	119	299
Frankfurt (Oder)	119	301
Frankfurt (Oder)	119	303
Frankfurt (Oder)	119	305
Frankfurt (Oder)	119	307
Frankfurt (Oder)	119	309
Frankfurt (Oder)	119	311
Frankfurt (Oder)	119	313
Frankfurt (Oder)	119	315
Frankfurt (Oder)	119	317
Frankfurt (Oder)	119	319
Frankfurt (Oder)	119	321
Frankfurt (Oder)	119	323
Frankfurt (Oder)	119	325
Frankfurt (Oder)	119	327
Frankfurt (Oder)	119	328 – 330
Frankfurt (Oder)	119	332
Frankfurt (Oder)	120	134
Frankfurt (Oder)	120	135
Frankfurt (Oder)	120	140 – 143
Frankfurt (Oder)	120	163
Frankfurt (Oder)	120	164
Frankfurt (Oder)	120	211
Frankfurt (Oder)	120	212
Frankfurt (Oder)	120	214
Frankfurt (Oder)	120	216
Frankfurt (Oder)	120	217
Frankfurt (Oder)	136	59
Frankfurt (Oder)	136	247 - 258

Gemäß §12 Abs. 2 und 4 des Gesetzes über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster im Land Brandenburg (Vermessungs- und Liegenschaftsgesetz - VermLiegG vom November 1991 (GVBL. S. 516) in der zur Zeit gültigen Fassung in Verbindung mit § 1 der Verordnung zum Verfahren der Offenlegung des Liegenschaftskatasters (Offenlegungsverordnung) vom 17. Februar 1999 (GVBL Teil II Nr. 7 S. 130) wird die Fortführung des Liegenschaftskatasters durch Offenlegung bekanntgegeben.

Die Offenlegung erfolgt beim Kataster- und Vermessungsamt 15234 Frankfurt (Oder) Goepelstraße 38 in der Zeit vom 11.03.2009 bis 08.04.2009.

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen die Fortführung des Liegenschaftskatasters im automatisiert geführten Liegenschaftsbuch kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Kataster- und Vermessungsamt 15234 Frankfurt (Oder) Goepelstraße 38 einzulegen.

Frankfurt (Oder), den 04.03.2009

Prüfer  
 Amtsleiter

**Bekanntmachung**

**über eine Fortführung des Liegenschaftskatasters der Fluren 96, 102, 106, 108, 110, 116, 120, 127, 130, 131, 133, 137, 154**

Es erfolgte die Eintragung der Lagebeschreibung und Klassifizierung für Straßenflächen – hier Bundesstraße B112 - auf nachfolgenden Flurstücken der Gemeinde Frankfurt (Oder) in das Liegenschaftsbuch.

Gemarkung	Flur	Flurstück
Frankfurt (Oder)	96	246
Frankfurt (Oder)	102	35
Frankfurt (Oder)	102	37
Frankfurt (Oder)	106	54
Frankfurt (Oder)	106	269
Frankfurt (Oder)	108	15/5 – 15/7
Frankfurt (Oder)	108	16/1
Frankfurt (Oder)	108	16/6
Frankfurt (Oder)	108	17/1
Frankfurt (Oder)	108	17/8
Frankfurt (Oder)	108	17/11
Frankfurt (Oder)	108	18/13 – 18/17
Frankfurt (Oder)	108	20/1
Frankfurt (Oder)	108	20/4
Frankfurt (Oder)	108	21/121/5
Frankfurt (Oder)	108	23/1
Frankfurt (Oder)	108	24/1
Frankfurt (Oder)	108	24/3 – 24/4
Frankfurt (Oder)	108	25/1
Frankfurt (Oder)	108	25/4
Frankfurt (Oder)	108	37/1
Frankfurt (Oder)	108	38/3
Frankfurt (Oder)	108	38/5
Frankfurt (Oder)	108	38/9
Frankfurt (Oder)	108	39/3 – 39/6
Frankfurt (Oder)	108	39/8 – 39/11
Frankfurt (Oder)	108	40/1 – 40/10
Frankfurt (Oder)	108	60/7
Frankfurt (Oder)	108	60/8
Frankfurt (Oder)	108	336
Frankfurt (Oder)	108	338
Frankfurt (Oder)	108	340 – 345
Frankfurt (Oder)	108	350
Frankfurt (Oder)	108	69/5
Frankfurt (Oder)	108	79/1
Frankfurt (Oder)	108	107
Frankfurt (Oder)	108	352
Frankfurt (Oder)	108	375
Frankfurt (Oder)	108	382
Frankfurt (Oder)	108	384
Frankfurt (Oder)	116	108
Frankfurt (Oder)	116	233
Frankfurt (Oder)	120	104 - 105
Frankfurt (Oder)	120	108
Frankfurt (Oder)	127	284
Frankfurt (Oder)	127	288
Frankfurt (Oder)	127	321
Frankfurt (Oder)	127	325
Frankfurt (Oder)	127	328
Frankfurt (Oder)	127	332
Frankfurt (Oder)	127	335
Frankfurt (Oder)	127	339
Frankfurt (Oder)	127	342
Frankfurt (Oder)	127	344
Frankfurt (Oder)	127	346
Frankfurt (Oder)	127	350
Frankfurt (Oder)	130	196
Frankfurt (Oder)	130	199
Frankfurt (Oder)	130	202
Frankfurt (Oder)	130	205
Frankfurt (Oder)	130	209

Gemarkung	Flur	Flurstück
Frankfurt (Oder)	130	212
Frankfurt (Oder)	130	223
Frankfurt (Oder)	130	229
Frankfurt (Oder)	130	232
Frankfurt (Oder)	131	7 - 9
Frankfurt (Oder)	131	81/1 – 81/2
Frankfurt (Oder)	131	82/1 – 82/2
Frankfurt (Oder)	131	83/1
Frankfurt (Oder)	131	84/3 – 84/4
Frankfurt (Oder)	131	85/1
Frankfurt (Oder)	131	131 – 136
Frankfurt (Oder)	131	138 – 141
Frankfurt (Oder)	131	151
Frankfurt (Oder)	131	153
Frankfurt (Oder)	131	155
Frankfurt (Oder)	131	157
Frankfurt (Oder)	131	161 – 163
Frankfurt (Oder)	131	165
Frankfurt (Oder)	131	168
Frankfurt (Oder)	131	170
Frankfurt (Oder)	131	172
Frankfurt (Oder)	131	174
Frankfurt (Oder)	131	181
Frankfurt (Oder)	131	184
Frankfurt (Oder)	131	187
Frankfurt (Oder)	131	190
Frankfurt (Oder)	131	193
Frankfurt (Oder)	131	196
Frankfurt (Oder)	131	198
Frankfurt (Oder)	131	200
Frankfurt (Oder)	131	202
Frankfurt (Oder)	131	204
Frankfurt (Oder)	131	206
Frankfurt (Oder)	131	208
Frankfurt (Oder)	131	210
Frankfurt (Oder)	131	214 – 215
Frankfurt (Oder)	133	821
Frankfurt (Oder)	133	980 - 984
Frankfurt (Oder)	133	1229
Frankfurt (Oder)	137	578
Frankfurt (Oder)	154	96

Gemäß §12 Abs. 2 und 4 des Gesetzes über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster im Land Brandenburg (Vermessungs- und Liegenschaftsgesetz - VermLiegG vom November 1991 (GVBL. S. 516) in der zur Zeit gültigen Fassung in Verbindung mit § 1 der Verordnung zum Verfahren der Offenlegung des Liegenschaftskatasters (Offenlegungsverordnung) vom 17. Februar 1999 (GVBL Teil II Nr. 7 S. 130) wird die Fortführung des Liegenschaftskatasters durch Offenlegung bekanntgegeben.

Die Offenlegung erfolgt beim Kataster- und Vermessungsamt 15234 Frankfurt (Oder) Goepelstraße 38 in der Zeit vom 11.03.2009 bis 08.04.2009.

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen die Fortführung des Liegenschaftskatasters im automatisiert geführten Liegenschaftsbuch kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Kataster- und Vermessungsamt 15234 Frankfurt (Oder) Goepelstraße 38 einzulegen.

Frankfurt (Oder), den 04.03.2009

Prüfer  
Amtsleiter

**ENDE DES AMTLICHEN TEILS**